

I. Austr.

H. em

Handwritten text on a vertical strip of paper, possibly a library label or inventory tag. The text is written in a cursive script and is partially obscured by the binding of the book.

J. Austr.

11 em

Ehegesetz

GESETZE.

MIT ERLÄUTERUNGEN AUS DEN MATERIALIEN.

EINZEL-AUSGABEN. — HEFT 46.

Das ungarische
EHEGESETZ

(G.-A. XXXI v. J. 1894).

Mit Berücksichtigung aller einschlägigen Gesetze
und Verordnungen

für die Rechtsverhältnisse der auf dem croatisch-slavischem Ter-
ritorium des ungarischen Königreiches, ferner in Oesterreich und
im übrigen Auslande lebenden ungarischen Staatsangehörigen,
sowie der in Ungarn eheschliessenden Ausländer

bearbeitet von

Dr. Ödön Kovács.

Advocat in Budapest.



WIEN 1896.

VERLAG VON MORITZ PERLES

Stadt, Seilergasse 4 (Graben).

Preis, broschirt 60 kr., eleg. gebunden fl. 1.—.

Im Verlage von **Moritz Perles** in Wien, **Stadt, Seiler g a s s e 4 (Graben)**
sind erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Oesterreichische Gesetze

mit Erläuterungen aus der Rechtssprechung.

A. Gesamt-Ausgaben.

Erte Abtheilung:

Oesterreichische Justiz-Gesetze.

Umfassend die **gesamnte Justizgesetzgebung** (sämmliche Novellen im vollständigen Wortlaut) mit Erläuterungen aus der oberstgerichtlichen Bechtssprechung von **Dr. Leo Geller**.

Kleine Ausgabe.

Preis: a) in 1 eleganten Halbfranzband gebunden 6 80
b) in 5 Leinwandbänden gebunden 8 —

Mittlere Ausgabe.

Neu bearbeitet, mit ausführl. Erläuter. a. d. Rechtssprechung u. Einleitungen.

Band I. **Civilrechtsgesetze.** (Verfassungs- und Staatsgrundgesetze, Allg. bürgerl. Gesetzbuch etc.) Vierte Aufl. Preis brosch. 4 40

Elegant gebunden 5 —

Band II. **Handelsrechtsgesetze.** Vierte Aufl. Preis brosch. 4 40

Elegant gebunden 5 —

Band III. **Vorschriften, betr. die freiwillige Gerichtsbarkeit.** Vierte Auflage. (Gerichts-Instruction, Jurisdictionsnorm, Notariatsordnung, Verfahren ausser Streitsachen, Vorschriften über Legalisirung u. Amortisirung, Grundbuchswesen etc.) Preis br. 4 40

Elegant gebunden 5 —

Band IV. **Civilprocessgesetze.** Vierte, vermehrte u. umgearbeitete Auflage. Preis broschirt 5 40

Elegant gebunden 6 —

Band IV. **Jurisdictionsnorm und neue Civilprocessordnung, nebst den in Geltung verbleibenden alten Vorschriften.** Preis brosch. 3 40

Elegant gebunden 4 —

Band V. **Strafgesetz.** Vierte, vermehrte und umgearbeitete Auflage. Preis broschirt 4 40

Elegant gebunden 5 —

Band VI. **Strafprocessordnung.** Vierte, durchgesehene und erheblich vermehrte Anflage. Preis broschirt 3 40

Elegant gebunden 4 —

Zweite Abtheilung:

Oesterreichische Verwaltungsgesetze.

Hievon ist bisher complet erschienen:

Band I (1086 S.), den **allgemeinen Theil** enthaltend. Elegant in Halbfranz gebunden 6 —

Band II (1072 S.), enthaltend den **Schluss des allgemeinen Theiles** und den **besonderen Theil**. Elegant in Halbfranz gebunden 6 —

Band III (1150 S.), enthält die Fortsetzung des **besonderen Theiles**. Elegant in Halbfranz gebunden 6 —

Band IV (Schluss) ist unter der Presse.

NB. Erscheint auch in Lieferungen zum Preise à — 90

Dritte Abtheilung:

Oesterreichische Gebühren- u. Steuergesetze.

Band I. **Gebühren- und Taxgesetze.** Zweite, vermehrte Auflage. Elegant in Leinwand gebunden 4 —

„ II. **Gesetze, betr. die directen Steuern.** Eleg. in Lnwd. geb. 3 40

„ III. **Gesetze, betr. die indirecten Steuern** Eleg. in Lwd. geb. 3 —
(Verzehrungssteuer-Gesetze)

Von demselben Verfasser wird vorbereitet ein Werk über:

Die Rechtsverhältnisse der in Oesterreich und im übrigen Auslande lebenden ungarischen Staatsangehörigen u. der Ausländer in Ungarn.

Dasselbe wird die ungarischen Rechtsquellen für alle internationalen Relationen in übersichtlicher Darstellung enthalten; die geplante Mitwirkung der hervorragendsten Vertreter des internationalen Rechtes in Ungarn soll dem Werke, dem einzigen, das über diesen Gegenstand existirt, die Bedeutung eines authentischen Nachschlagebuches über die Rechtsverhältnisse Hunderttausender im Auslande lebender ungarischer Staatsbürger und in Ungarn lebender Ausländer sichern.

Das ungarische

EHEGESETZ

(G.-A. XXXI. v. J. 1894).

Mit Berücksichtigung aller einschlägigen Gesetze
und Verordnungen

für die Rechtsverhältnisse der auf dem croat.-slav. Territorium
des ungarischen Königreiches, ferner in Oesterreich und im
übrigen Auslande lebenden ungarischen Staatsangehörigen,
sowie der in Ungarn eheschliessenden Ausländer

bearbeitet von

Dr. Ödön Kovács

Advocat in Budapest.



WIEN 1896.

VERLAG VON MORITZ PERLES

I., Seilergasse 4.

STANDARD



Gesetz-Artikel XXXI vom Jahre 1894, über das Eherecht.

(Sanctionirt am 9. December 1894. — Kundgemacht im „Országos Törvénytár“
am 18. December 1894.)

Ins Leben getreten am 1. October 1895.

(Der authentische Text ist der ungarische; auf Grund des Ges.-Art. XLIII vom Jahre 1868 werden jedoch amtliche Uebersetzungen in allen Sprachen des Landes herausgegeben; der vorliegende deutsche Text entspricht der, als authentische Uebersetzung zu betrachtenden amtlichen deutschen Uebersetzung.)

Vorbemerkung. Bei Bestimmung der örtlichen und persönlichen Geltung des Ehegesetzes muss bemerkt werden, dass nach ungarischem Staatsrecht 1. die im Reichsrathe vertretenen Länder (das Kaiserthum Oesterreich) als Ausland betrachtet werden, 2. dass es im ganzen Gebiete der ungarischen Krone (Croatien-Slavonien hinzugerechnet) blos eine (ungarische) Staatsbürgerschaft gibt. In Folge der Autonomie Croatien-Slavoniens in Justizangelegenheiten muss trotzdem bei Bestimmung der Geltung des Ehegesetzes unterschieden werden 1. zwischen *a)* den Ländern der ungarischen Krone mit Ausnahme Croatien-Slavoniens, d. i. Ungarn (mit dem nur mehr geographisch-historisch existirenden Siebenbürgen) und Stadt und Territorium Fiume, *b)* Croatien-Slavonien,

c) Ausland, worunter natürlich auch Oesterreich verstanden wird; — 2. muss unterschieden werden zwischen a) ungarischen Staatsangehörigen, die in den Ländern der ungarischen Krone mit Ausnahme Croatien-Slavoniens, d. i. in Ungarn (Siebenbürgen) und Fiume zuständig sind, b) ungarischen Staatsangehörigen, welche in Croatien-Slavonien zuständig sind, c) ausländischen Staatsangehörigen, worunter natürlich auch die österreichischen Staatsangehörigen zu verstehen sind.

Die örtliche Geltung des Ehegesetzes erstreckt sich auf die Länder der ungarischen Krone mit Ausnahme Croatien-Slavoniens. Croatien-Slavonien ist in Betreff des Ehegesetzes sowie das Ausland, und der ungarische Staatsangehörige croatisch-slavonischer Zuständigkeit in Eheangelegenheiten, wie ein Fremder zu betrachten (§§ 135, 147).

Erster Abschnitt.

Verlöbniss.

§ 1. Aus dem Verlöbnisse entspringt kein Klagerecht auf Schliessung der Ehe.

§ 2. Die Ausbedingung welcher Erfüllung immer für den Fall, wenn die Verlobten die Ehe nicht schliessen würden, ist nichtig.

§ 3. Jener Verlobte, welcher von dem Verlöbnisse ohne triftigen Grund zurückgetreten ist, oder dem anderen Verlobten zum Rücktritte einen triftigen Grund gegeben hat, ist dem anderen Verlobten und dessen Anverwandten bis zur Höhe der zum Zwecke der zu schliessenden Ehe gemachten Ausgaben Schadenersatz zu leisten verpflichtet und gehalten, dasjenige, was der andere Verlobte oder dessen Anverwandter aus Anlass der zu schliessenden Ehe geschenkt oder als Zeichen des Verlöbnisses gegeben hat, in natura zurückzuerstatten, oder wenn dies nicht mehr stattfinden kann, den Werth desselben bis zur Höhe der Bereicherung zu

ersetzen; das durch den anderen Verlobten oder dessen Anverwandten zum Zwecke der zu schliessenden Ehe gemachte Schenkungsversprechen aber verliert seine Giltigkeit.

Der bei Gelegenheit des Verlöbnisses in seiner Handlungsfähigkeit beschränkte Verlobte ist nur dann Schadenersatz zu leisten verpflichtet, wenn dessen gesetzlicher Vertreter zum Verlöbnisse seine Einwilligung gegeben hat.

1. Die Handlungsfähigkeit der Person wird nach den Gesetzen des Vaterlandes derselben beurtheilt, selbst dann, wenn sonst die Ehe nach fremdem Gesetz zu beurtheilen gewesen wäre (§ 108).

2. Die Frage, wer als gesetzlicher Vertreter zu betrachten ist, wird nach den Gesetzen jenes Staates entschieden, dem die in ihrer Handlungsfähigkeit beschränkte Person angehört.

3. Der Nachweis über den Inhalt fremder Gesetze ist zu führen mittelst amtlichen Zeugnissen, die von der competenten Behörde jenes Staates (in Ungarn Justizministerium) ausgefolgt werden; eventuell durch Gutachten oder Erklärungen von Rechtsgelehrten, Facultäten etc. Im Nothfall erfragt das ungarische Justizministerium eventuell im diplomatischen Wege den Inhalt oder die Existenz eines fremden Gesetzes.

4. Der Nachweis eines Rechtsverhältnisses eines fremden Staatsangehörigen wird erbracht durch Documente, ausgestellt von jenen Behörden oder Amtspersonen des fremden Staates welche nach dem Gesetze ihres Staates hiezu ermächtigt sind. Die Beglaubigung dieser Documente hat immer durch den diplomatischen Vertreter (Consul) der österreichisch-ungarischen Monarchie zu erfolgen.

§ 4. Das Entschädigungs- und Rückforderungsrecht bildet nur dann den Gegenstand der Cession, Execution und Erbschaft, wenn der Berechtigte die Klage geltend gemacht hat.

§ 5. Die auf den § 3 basirenden Klagen verjähren innerhalb eines Jahres vom Tage des Rücktrittes von dem Verlöbnisse gerechnet.

1. Die in diesem Abschnitt festgestellten Rechtsfolgen des Verlöbnisses, das Klagerecht und dessen Beschränkungen können vor ungarischen Gerichten geltend gemacht werden, wenn auch das Verlöbniß im Auslande oder in Croatien-Slavonien stattgefunden hat.

Zweiter Abschnitt.

Ehehindernisse.

1. Welche Ehehindernisse in internationalen Relationen zu beachten sind, darüber handeln die §§ 108—120.

§ 6. Eine handlungsunfähige Person (§ 127) kann eine Ehe nicht schliessen.

1. Die Handlungsfähigkeit wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, welchem die Person angehört. § 108.

2. Ueber den Nachweis fremder Gesetze und Rechtsverhältnisse siehe Anmerkung 3 und 4 zu § 3.

§ 7. Eine im unentwickelten Alter stehende Person kann eine Ehe nicht schliessen. Eine Person männlichen Geschlechtes erreicht mit Vollendung des achtzehnten Jahres, eine Person weiblichen Geschlechtes mit Vollendung des sechzehnten Jahres das entwickelte Alter.

Der Justizminister kann Dispensation ertheilen.

1. Das Alter einer Person wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, dem sie angehört. § 108.

2. Die Dispensation seitens des k. ung. Justizministers erfolgt auf eine motivirte Eingabe. Belege müssen möglichst in ungarischer Sprache (beziehungsweise in beglaubigter ungarischer Uebersetzung) vorgelegt werden.

3. Die im Auslande ausgefertigten Documente sind zu beglaubigen und zwar von den dort berufenen Amtspersonen und von dem diplomatischen Vertreter der österreichisch-ungarischen Monarchie. (Botschafter, Gesandter, Consul etc.)

4. Zeugnisse über körperliche Entwicklung, Gesundheit etc. sind am besten von behördlichen und nicht von Privatärzten vorzulegen.

5. Ueber den Nachweis fremder Gesetze siehe Anmerkung 3 zu § 3.

§ 8. Ein Minderjähriger kann ohne Einwilligung seines gesetzlichen Vertreters eine Ehe nicht schliessen.

Zur Ehe eines Minderjährigen unter zwanzig Jahren ist, wenn dessen gesetzlicher Vertreter nicht der berechtigte Vater oder die Mutter ist, auch die Einwilligung des Vaters oder der Mutter, und wenn keine Eltern vorhanden sind, die Einwilligung der Vormundschaftsbehörde erforderlich. Die

Genehmigung ist nicht nothwendig, wenn der Grossvater des Minderjährigen dessen gesetzlicher Vertreter ist.

Wenn der gesetzliche Vertreter oder der Vater oder die Mutter die Einwilligung nicht erteilen, tritt an deren Stelle die Einwilligung der Vormundschaftsbehörde.

1. Das Alter der Person wird nach den Gesetzen des Vaterlandes derselben beurtheilt. § 108.

2. Die Frage, wer als gesetzlicher Vertreter eines Minderjährigen zu betrachten ist, wird nach den Gesetzen des Staates beurtheilt, dem die minderjährige Person angehört.

3. Dieser Paragraph kommt auch bei solchen Ehen in Anwendung, die im Ausland von Ungarn geschlossen werden.

4. Bei Ehen, welche von Ausländern in Ungarn geschlossen werden, ist die Einwilligung jener Personen oder jener Behörde zu erbringen, welche von den Gesetzen jenes Staates vorgeschrieben sind, dem der Ausländer angehört.

5. Unter Vormundschaftsbehörde ist jene Behörde zu verstehen, welche nach den Gesetzen des Staates, dem die minderjährige Person angehört, als Vormundschaftsbehörde gilt.

6. Ueber den Nachweis fremder Gesetze und Rechtsverhältnisse siehe Anmerkungen 3. und 4. zu § 3.

7. Für einen minderjährigen Ausländer kann in gewissen Fällen die ungarische Behörde einen Curator ernennen (§ 112).

8. In Betreff der Verlängerung der Minderjährigkeit gelten in Stadt und Bezirk Fiume die dort bestehenden besonderen Vorschriften. (Verordnung des Min.-Präs. Z. 2022 — 1895, II. 8.)

9. Ueber die Art des Nachweises der Einwilligung besagt die Instruction Z. 27243 — 1895 des Justizministers:

Der Nachweis der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters erfolgt durch die vor dem Matrikelführer abgegebene persönliche Erklärung des gesetzlichen Vertreters, durch eine öffentliche Urkunde, oder durch eine legalisirte, oder eine solche vollkommen glaubwürdige Privat-urkunde, welche der gesetzliche Vertreter

a) selbst geschrieben und unterfertigt, oder

b) wenn sie von fremder Hand geschrieben wurde, von zwei vidimirenden Zeugen unterfertigt, oder die Unterschrift später vor diesen als seine eigene anerkannt, oder

c) wenn er nicht schreiben kann, in Gegenwart zweier vidimirenden Zeugen, deren einer auch den Namen des gesetzlichen Vertreters zu unterschreiben hat, mit seinem üblichen Handzeichen versehen hat.

Der gesetzliche Vertreter muss in der Einwilligung jenen Eheschliessenden genau (mit Anführung des Namens und etwa nothwendiger, die Erkennung erleichternder Daten) bezeichnen, mit dem er das Eingehen einer Ehe bewilligt. Die Einwilligung muss bestimmt und bedingungslos sein. Wenn die Einwilligung ausdrücklich zurückgezogen

wird, so kann das Aufgebot, beziehungsweise die Schliessung der Ehe nicht erfolgen. (§ 9 der Instruction.)

Der Nachweis der elterlichen Einwilligung erfolgt nach jenen Normen, welche § 9 für den Nachweis der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters feststellt. (§ 10 der Instruction.)

Um die Einwilligung der Vormundschaftsbehörde kann entweder direct bei der letzteren oder beim Matrikelführer, der für das Aufgebot competent ist, angesucht werden. Der Matrikelführer nimmt ein derartiges Ansuchen der Parteien zu Protokoll und übersendet letzteres behufs weiteren Verfahrens an die Vormundschaftsbehörde. (§ 13 der Instruction.)

§ 9. Zur Ertheilung der Einwilligung ist der Vater berechtigt und wenn kein Vater vorhanden ist, oder das Kind ausserehelich ist, die Mutter.

Wenn die Eltern von Tisch und Bett getrennt sind, oder wenn ihre Ehe aufgelöst wurde, ist bezüglich des unter ihrer Obsorge stehenden Kindes die Mutter, und wenn angenommen werden muss, dass eine Mutter nicht vorhanden ist, der Vater zur Einwilligung berechtigt.

Eltern, welche durch einen körperlichen oder geistigen Fehler oder in Folge von Abwesenheit dauernd gehindert, oder von der väterlichen Macht oder der Vormundschaft enthoben sind, werden, ausgenommen, wenn die Enthebung wegen der Vermögensverwaltung erfolgte, als nicht vorhanden betrachtet.

Ob die Eltern verhindert sind, wird von der Vormundschaftsbehörde festgestellt. Insolange die Adoption nicht aufgelöst ist, sind bezüglich des adoptirten Kindes die leiblichen Eltern zur Ertheilung der Einwilligung nicht berechtigt.

Siehe die Bemerkungen 2—5 zum vorigen Paragraphen.

§ 10 Die Vormundschaftsbehörde entscheidet nicht ohne den Minderjährigen anzuhören und hält ausschliesslich das Interesse desselben vor Augen.

1. Da jede Behörde nur nach den Gesetzen des eigenen Staates vorgeht, folgt, dass die Entscheidung desselben bloß auf Grund der eigenen Gesetze gebracht wird, und die Gründe der Entscheidung von der fremden Behörde nicht überprüft werden können.

2. Ueber den Nachweis fremder Gesetze siehe Anmerkung 3 zu § 3.

§ 11. Miteinander können eine Ehe nicht schliessen:

- a) Blutsverwandte in gerader Linie;
- b) Geschwister;
- c) der Bruder oder die Schwester mit den leiblichen Abkömmlingen des Bruders oder der Schwester;
- d) der eine Ehegatte mit dem Blutsverwandten gerader Linie des anderen Ehegatten, selbst nach Beendigung oder der Ungiltigkeitserklärung der Ehe nicht.

Die Gesetzlichkeit oder Ungesetzlichkeit der Abstammung, sowie der Umstand, dass beide Eltern oder nur eines der Eltern der Geschwister gemeinsam ist, macht keinen Unterschied.

Im Falle des Punktes e) kann der König über Vortrag des Justizministers die Dispensation ertheilen.

1. Dieses Ehehinderniss waltet auch bei solchen Ehen vor, welche fremde Staatsangehörige oder solche ungarische Staatsbürger, die in Croatien-Slavonien zuständig sind, in Ungarn (Siebenbürgen, Fiume) schliessen wollen §§ 111, 147, und bei solchen Ehen, welche ein ungarischer Staatsbürger mit einer Ausländerin wo immer schliessen will, §§ 109, 147.

2. Die Dispensation muss auch bei solchen Ehen, welche Ausländer mit Ausländern in Ungarn eingehen wollen, beim ungarischen Justizminister angesucht und vom König von Ungarn gegeben werden.

3. Betreffs des Gesuches um Dispensation, siehe Anmerkung 2—4 zu § 7.

§ 12. Eine neue Ehe kann Derjenige nicht schliessen, dessen frühere Ehe nicht aufgehört hat oder für ungiltig erklärt worden ist.

Wenn seine frühere Ehe nichtig ist, sind die Bestimmungen des § 21, im Falle der Todeserklärung aber jene der §§ 73 und 74 massgebend.

1. Diese Ehehindernisse walten ob auch bei solchen Ehen, welche ungarische Staatsbürger croatisch-slavonischer Zuständigkeit, oder fremde Staatsangehörige in Ungarn (Siebenbürgen, Fiume) schliessen wollen, und welche ein ungarischer Staatsbürger mit einer Ausländerin wo immer schliessen will. §§ 109, 111, 147.

2. Der fremde Staatsangehörige oder der ungarische Staatsangehörige croatisch-slavonischer Zuständigkeit, der in Ungarn eine Ehe schliessen will, muss den Nachweiss bringen, dass seine frühere

Ehe nach den Gesetzen seines Vaterlandes aufgehört oder nach den Gesetzen seines Vaterlandes ungiltig erklärt worden ist.

3. Ueber den Nachweis fremder Gesetze und Rechtsverhältnisse siehe Anmerkungen 3 und 4 zu § 3.

§ 13. Eine Ehe miteinander können Diejenigen nicht schliessen, von welchen Einer im Einverständnisse mit dem Anderen nach dem Leben seines eigenen Ehegatten oder nach dem Leben des anderen Ehegatten getrachtet hat.

1. Dieses Ehehinderniss waltet vor auch bei solchen Ehen, welche ungarische Staatsangehörige croatisch-slavonischer Zuständigkeit, oder fremde Staatsangehörige in Ungarn (Siebenbürgen, Fiume) schliessen wollen (§§ 111, 147) und welche ein ungarischer Staatsbürger mit einer Ausländerin wo immer schliessen will (§§ 109, 147).

§ 14. Es ist Demjenigen verboten eine Ehe zu schliessen, gegen welchen wegen Geisteskrankheit oder wegen einer die Verständigung selbst durch Zeichen hindernder Taubstummheit das Verfahren behufs Stellung unter Curatel im Zuge ist, wenn

a) die Vormundschaftsbehörde für ihn einen provisorischen Curator bestellt hat; oder wenn

b) gegen denselben der Sequester angeordnet worden ist; oder wenn

c) die Stellung unter Curatel mit einem noch nicht rechtskräftigen Urtheile ausgesprochen worden ist.

1. Dieses Ehehinderniss wird bei solchen Ehen, welche Ausländer in Ungarn schliessen wollen, in Betreff der ausländischen Partei nach ausländischem Gesetze beurtheilt. (§§ 108, 109 und 2. Alinea des § 111.)

2. Dieses Ehehinderniss waltet ob auch in Betreff solcher ungarischer Staatsbürger, die im Auslande oder Croatien-Slavonien eine Ehe eingehen wollen (§§ 119, 147).

§ 15. Eine Ehe ohne Einwilligung des Curators zu schliessen ist demjenigen verboten, welcher wegen Geisteschwachheit oder als Taubstummer, der durch Zeichen sich verständig machen kann, unter Curatel steht.

Das letzte Alinea des § 8 und der § 10 sind entsprechend anzuwenden.

1. Für Ausländer, welche in Ungarn eine Ehe schliessen wollen, ist dieses Ehehinderniss nach den Gesetzen des Staates zu beurtheilen, welchem er angehört (§§ 108, 109 u. 2 Alinea des § 111.)

2. Für ungarische Staatsbürger, die eine Ehe im Auslande oder Croatien-Slavonien eingehen wollen, gilt dieses Ehehinderniss ebenfalls (§ 110.)

3. Siehe Anmerkungen zu §§ 7, 8 und 10.

§ 16. Eine Ehe ohne Einwilligung der Eltern zu schliessen ist jenem Minderjährigen verboten, welcher sein zwanzigstes Lebensjahr überschritten hat, auch dann, wenn der gesetzliche Vertreter eingewilligt hat.

Das letzte Alinea des § 8, die §§ 9 und 10 sind entsprechend anzuwenden.

1. Die Anmerkungen zum vorigen Paragraph gelten auch hier.

§ 17. Die Eheschliessung zwischen Geschwisterkindern ist verboten.

Die Verwandtschaft ist nach dem § 11 zu beurtheilen.

Der Justizminister kann Dispensation ertheilen.

1. Dieses Ehehinderniss waltet auch bei solchen Ehen vor, welche Ausländer in Ungarn, oder Ungarn im Auslande oder Croatien-Slavonien schliessen wollen. (§§ 108, 109, 110 u. 2 Alinea des § 111.)

2. Die Dispensation ertheilt auch für Ausländer, die in Ungarn die Ehe schliessen wollen, der ungarische Justizminister.

3. Ueber die nothwendige Eingabe siehe Anmerkung 2 zu § 7.

§ 18. Die Eheschliessung ist verboten, insolange die Adoption nicht aufgelöst ist:

a) zwischen dem Adoptirenden und dem Adoptirten, sowie dem gewesenen Ehegatten desselben, ebenso zwischen dem Adoptirten und dem gewesenen Ehegatten des Adoptirenden;

b) zwischen den leiblichen Abkömmlingen des Adoptirenden und des Adoptirten, sowie dem gewesenen Ehegatten desselben; ebenso zwischen den leiblichen Abkömmlingen des Adoptirten und dem gewesenen Ehegatten des Adoptirenden.

Die gesetzliche oder ungesetzliche Abstammung macht keinen Unterschied.

Die vor der Adoption aufgehörte oder als ungiltig erklärte Ehe kommt nicht in Betracht.

Im Falle des Punktes b) kann der Justizminister Dispensationen ertheilen.

1. Dieses Ehehinderniss waltet vor auch bei solchen Ehen, welche Ungarn im Auslande oder Croatien-Slavonien eingehen wollen. (§§ 110 und 147.)

2. Bei solchen Ehen, welche Ausländer in Ungarn eingehen wollen, besteht dieses Ehehinderniss ebenfalls. (§ 108 2, Alinea des § 111.)

3. Bei solchen Ehen, welche Ausländer mit Ausländern in Ungarn schliessen wollen, wird das Bestehen und Aufhören der Adoptivverhältnisse nach den Gesetzen jenes Staates beurtheilt, dem die Parteien angehören. Die Dispensation ertheilt aber auch in solchen Fällen der ungarische Justizminister.

4. In Betreff der Eingaben und des Nachweises fremder Gesetze und Rechtsverhältnisse siehe Anmerkung 3—4 zu § 3.

§ 19. Die Eheschliessung ist verboten zwischen dem Vormunde wie auch dessen Abkömmlingen und dem Mündel, insolange das Vormundschaftsverhältniss dauert.

Die gesetzliche oder ungesetzliche Abstammung macht keinen Unterschied.

1. Die Anmerkungen 1, 2 und 4 zum vorigen Paragraphe gelten auch hier.

2. Bei solchen Ehen, welche Ausländer mit Ausländern in Ungarn eingehen wollen, ist das Vormundschaftsverhältniss, dessen Bestehen und Aufhören nach den Gesetzen jener Staaten zu beurtheilen, dem die Parteien angehören.

§ 20. Die Eheschliessung ist verboten zwischen Denjenigen, welchen das Scheidungsurtheil wegen Ehebruches die Eheschliessung verboten hat.

Der König kann über Vortrag des Justizministers Dispensation ertheilen.

1. Die Anmerkungen 1 und 2 zum § 18 gelten auch hier.

2. Wenn die Partei nach fremdem Gesetze im Ausland geschieden worden ist, und das Urtheil ein Verbot aus dem Grunde nicht enthält, weil die Gesetze des betreffenden Staates ein solches Verbot nicht vorschreiben, so besteht das Ehehinderniss nicht, wenn auch die Scheidung wegen Ehebruch erfolgt ist.

3. Die Dispensation muss vom ungarischen Justizminister verlangt und vom König von Ungarn erlangt werden, auch wenn das Scheidungsurtheil und Eheverbot von einem ausländischen Gerichte erflossen ist.

4. Betreffs der Eingabe und Nachweise siehe Anmerkungen zu §§ 3 und 7.

5. Für Stadt und Bezirk Fiume gilt laut Verordnung Z. 2022—1895 des Min.-Präs.: Dort, wo das Gesetz von einem Urtheil spricht, muss

ein den in Fiume bestehenden Rechtsnormen entsprechender Endbeschluss verstanden werden. (II. 7.)

§ 21. Eine Ehe zu schliessen ist verboten, insolange die frühere nichtige Ehe nicht aufgehört hat oder nicht für ungiltig erklärt worden ist.

1. Die Anmerkungen 1 und 2 zu § 18 gelten auch hier.

2. Bei Ausländern, welche in Ungarn eine neue Ehe schliessen wollen, muss das Aufhören der nichtigen Ehe oder die Ungiltigkeitserklärung derselben nach den Gesetzen jenes Staates erfolgt sein und nachgewiesen werden, in welchem die Ehe aufgelöst oder für nichtig erklärt wurde.

§ 22. Es ist verboten auf Grund einer Todeserklärung eine Ehe zu schliessen, wenn der Ehegatte des für todt Erklärten, oder Derjenige, mit welchem Jener eine Ehe schliessen will, weiss, oder wenn es nachgewiesen ist, dass der für todt Erklärte den vermutheten Todestag überlebt hat.

1. Dieses Ehehinderniss obwaltet auch bei solchen Ehen, welche Ungarn im Auslande oder Croatien-Slavonien schliessen wollen (§§ 110, 147).

§ 23. Einem Ehegatten ist es verboten, eine Ehe mit Demjenigen zu schliessen, der wegen eines gegen den anderen Ehegatten begangenen oder versuchten Mordes, Todtschlages als Thäter oder Theilnehmer verurtheilt worden ist, auch dann, wenn das Urtheil noch nicht in Rechtskraft erwachsen ist.

Der König kann über Vortrag des Justizministers Dispensation ertheilen.

1. Dieses Ehehinderniss erstreckt sich auch auf Ehen, welche ungarische Staatsbürger ungarischer Zuständigkeit im Ausland und Croatien-Slavonien eingehen wollen (§§ 110, 147).

2. Ueber die Eingabe wegen Dispensation siehe Anmerkung 2 zu § 7.

3. Für Fiume siehe Anmerkung 5 zu § 20.

§ 24. Der Frau ist es verboten, eine neue Ehe vor Ablauf von zehn Monaten von dem Aufhören oder der Ungiltigkeitserklärung ihrer früheren Ehe gerechnet, zu schliessen.

Dieses Hinderniss hört auf, wenn die Frau mittlerweile geboren hat.

Dieses Verbot erstreckt sich nicht auf den Fall, wenn

die Ehe auf Grund des Punktes c) § 54 für ungiltig erklärt worden ist.

Der Justizminister kann Dispensation ertheilen.

1. Dieses Ehehinderniss erstreckt sich auch auf solche Ehen, die ungarische Frauen im Ausland oder Croatien-Slavonien und auf Frauen fremder Staaten, welche in Ungarn eine Ehe eingehen wollen (§§ 108, 110, Alinea 2 des § 114, § 147).

2. Die Dispensation für in Ungarn heirathende Frauen fremder Staatsangehörigkeit ertheilt ebenfalls der ungarische Justizminister. Für solche Frauen gelten betreffs des Aufhörens oder Ungiltigkeit ihrer früheren Ehe die Gesetze jenes Staates, dem sie angehören.

3. Ueber die Eingabe wegen Dispensation und den Nachweis fremder Gesetze und Rechtsverhältnisse siehe Anmerkung 3. und 4. zu § 3.

§ 25. Ohne Einwilligung der kirchlichen Obrigkeit ist Demjenigen eine Ehe zu schliessen verboten, welcher nach den Regeln jener Kirche, zu welcher er gehört, wegen der kirchlichen Ordnung oder wegen des Gelöbnisses eine Ehe nicht schliessen kann.

1. Dieses Ehehinderniss erstreckt sich auch auf ungarische Staatsbürger ungarischer Zuständigkeit, welche im Auslande oder Croatien-Slavonien eine Ehe schliessen wollen (§§ 110, 147).

2. Auf Ausländer, welche in Ungarn heirathen wollen, wird bei Beurtheilung dieses Ehehindernisses das Gesetz jenes Staates angewendet, welchem sie angehören (§ 108).

§ 26. Die Eheschliessung ist verboten in Ermangelung des im Sinne des Wehrgesetzes nothwendigen Eheconsenses.

1. Dieses Ehehinderniss waltet auch bei solchen Ehen vor, welche Ungarn im Auslande und in Croatien-Slavonien schliessen wollen (§§ 110, 147).

2. Siehe § 125 und dessen Anmerkungen.

§ 27. Es ist verboten, ohne regelmässiges Aufgebot eine Ehe zu schliessen (§ 36).

Die Verwaltungsbehörde kann Dispensation ertheilen.

1. Dieses Ehehinderniss erstreckt sich auch auf Ehen, die ungarische Staatsangehörige ungarischer Zuständigkeit im Auslande oder Croatien-Slavonien schliessen wollen (§§ 110, 147).

2. Ueber das Aufgebot im Allgemeinen und bei Ehen in internationalen Relationen siehe die Anmerkungen des folgenden Paragraphen.

Dritter Abschnitt.

Die Eheschliessung.

§ 28. Der Eheschliessung geht das Aufgebot voran.

1. Ueber das Aufgebot enthält Ges.-Art. XXXIII vom Jahre 1894 über die staatlichen Matrikeln folgende Bestimmungen:

Das der Eheschliessung vorangehende Aufgebot gehört in den Wirkungskreis des Matrikelführers.

Um das Aufgebot können ansuchen: die Eheschliessenden persönlich, die gesetzlichen Vertreter derselben, oder die zu diesem Behufe besonders Bevollmächtigten. (§ 45.)

Das Aufgebot muss in jener Gemeinde erfolgen, in welcher die Eheschliessenden ihren ordentlichen Wohnsitz haben.

Wenn sie verschiedene oder mehrere ordentliche Wohnsitze haben, hat das Aufgebot an jedem Wohnsitze zu erfolgen.

Wenn sie an ihrem ordentlichen Wohnsitze noch nicht seit drei Monaten wohnen, hat das Aufgebot auch an jenem Orte zu erfolgen, an welchem sie unmittelbar vorher ihren ordentlichen Wohnsitz hatten. (§ 46.)

In Ermangelung eines ordentlichen Wohnsitzes muss das Aufgebot in jener Gemeinde erfolgen, in welcher die Eheschliessenden sich aufhalten und wenn seit ihrem Aufenthalte noch nicht drei Monate verflossen sind, auch dort, wo sie sich zuletzt drei Monate aufgehalten haben. Wenn ein derartiger Aufenthaltsort nicht festgestellt werden kann, muss das Aufgebot auch an dem Orte der Gemeindezuständigkeit oder der Geburt der Eheschliessenden erfolgen. (§ 47.)

Das Aufgebot ordnet jener Matrikelführer an, welcher berechtigt ist, bei der Eheschliessung zu interveniren (§ 32 des Gesetz-Artikels über das Eherecht). Zwischen zwei derart Berechtigten können die Eheschliessenden wählen.

Wenn der Matrikelführer das Aufgebot angeordnet hat, so verfügt er, dass dasselbe in seinem eigenen Bezirke vorgenommen werde, und ersucht zugleich jene Matrikelführer, in deren Bezirke das Aufgebot noch zu erfolgen hat (§§ 46, 47), um Vornahme desselben.

Letztere sind verpflichtet, betreff der Vornahme des Aufgebotes allsogleich zu verfügen, und von dem erfolgten Aufgebote den ansuchenden Matrikelführer unter Mittheilung der etwa angemeldeten Hindernisse oder der die freie Einwilligung ausschliessenden Umstände zu verständigen. (§ 48.)

Das Aufgebot kann nur dann angeordnet werden, wenn die Parteien vor dem Matrikelführer die im Gesetze vorgeschriebenen Erfordernisse der Eheschliessung nachweisen.

Die Verlobten sind insbesondere gehalten ihre Geburtszeugnisse vorzuweisen, die zur Schliessung der Ehe nothwendige Einwilligung des gesetzlichen Vertreters und der Eltern, beziehungsweise die vormund-

schaftsbehördliche Genehmigung oder Einwilligung (§ 8 des Gesetzes über das Eherecht) nachzuweisen, ferner die öffentlichen Urkunden, welche das Aufhören, die Ungiltigkeitserklärung der früheren Ehe oder die Todeserklärung des Ehegenossen (Paragraphe 12, 21 des Gesetzes über das Eherecht), beurkunden, die Erlaubniss der kirchlichen Obrigkeit (§ 25 des Gesetzes über das Eherecht), wie auch den im Sinne des Gesetzes über die Wehrkraft nothwendigen Eheconsenses (§ 26 des Gesetzes über das Eherecht), und inwieferne der Eheconsens an eine Cautionsleistung gebunden ist, die Urkunde über die hinterlegte Cautionsleistung vorzuweisen.

Der zum Zwecke der Eheschliessung ausgestellte Matrikelauszug, die Einwilligungs-Erklärung, die vormundschaftsbehördliche Genehmigung und das zur Erlangung derselben eingereichte Gesuch und aufgenommene Protokoll sind stempelfrei.

Wenn diese Thatumstände vor dem Matrikelführer unmittelbar bekannt sind, oder in glaubwürdiger Weise nachgewiesen erscheinen, kann der Matrikelführer die Parteien von der Vorweisung der Documente, — mit Ausnahme des in den Paragraphen 25 und 26 des Gesetzes über das Eherecht erwähnten Consenses und der Urkunde über die hinterlegte Militär-Cautionsleistung, — dispensiren, im Nothfalle kann er den Eheschliessenden einen Eid abnehmen.

In Ermangelung einer vormundschaftsbehördlichen Genehmigung oder Einwilligung nimmt der Matrikelführer das hierauf bezügliche Ansuchen der Parteien zu Protokoll und übersendet letzteres behufs weiteren Verfahrens an die Vormundschaftsbehörde (§ 50).

Das Aufgebot geschieht durch Affichirung in dem Amtsslocale des Matrikelführers und im Gemeindehause an einer öffentlichen Stelle durch vierzehn Tage.

In Gross- und Kleingemeinden vollzieht das Aufgebot während der Dauer der Affichirung an zwei Sonntagen bei dem Gemeindehause ein Mitglied der Gemeinde-Vorstehung auch mündlich (§ 52).

Das Aufgebot muss enthalten: den Familien- und Vornamen der Eheschliessenden, die Benennung ihrer Eltern, den Familienstand (ledig, Mädchen, Witwe oder geschieden), ihre Stellung (Beschäftigung), ihr Alter, ihre Religion, ihren Geburts- und Wohnort und im Nothfalle andere nähere Bezeichnungen der Eheschliessenden, schliesslich die Aufforderung, dass Derjenige, der von irgend einem gesetzlichen Hindernisse oder von einem die freie Einwilligung ausschliessenden Umstande Kenntniss hat, dies bei dem aufbietenden Matrikelführer anmelde (§ 54).

Die Ehe darf nur nach Ablauf von drei Tagen, vom letzten Tage des Aufgebotes gerechnet, geschlossen werden.

Wenn das Aufgebot mittelst Affichirung an mehreren Orten oder auch mittelst Veröffentlichung im Wege der Zeitung an verschiedenen Tagen erfolgte: ist der Termin von dem Tage des letzten Aufgebotes gerechnet zu zählen (§ 55).

Wenn die Ehe innerhalb eines Jahres vom letzten Tage des Auf

gebotes gerechnet nicht geschlossen wird, muss das Aufgebot wiederholt werden (§ 56).

Von dem Aufgebote kann der erste Beamte des Municipiums Dispensation ertheilen.

Die Dispensation kann nur dann ertheilt werden, wenn die Eheschliessenden persönlich, mündlich oder in einer beglaubigten Urkunde erklären, dass nach ihrem besten Wissen zwischen ihnen ein Ehehinderniss nicht besteht.

Die mündliche Erklärung ist zu Protokoll zu nehmen.

Wenn der erste Beamte des Municipiums die Dispensation verweigert, können die Eheschliessenden um Dispensation bei dem Minister des Innern ansuchen.

Die Dispensation verliert ihre Wirksamkeit, wenn die Ehe innerhalb eines Jahres von dem Tage der Dispensation gerechnet nicht geschlossen wird (§ 57).

Der zur Eheschliessung competente Matrikelführer kann zur Vornahme der Eheschliessung einen anderen Matrikelführer nach Ablauf des im § 55 erwähnten Termins und nur dann ermächtigen, wenn er keine Kenntniss von einem gesetzlichen Ehehindernisse oder einen die freie Einwilligung ausschliessenden Umstande hat. Die Ermächtigung ist in ein amtliches Schreiben zu fassen (§ 58).

Wenn bei der Schliessung der Ehe nicht der das Aufgebot anordnende, oder der durch denselben gemäss des § 58 ermächtigte Matrikelführer intervenirt, ist der Umstand, dass das Aufgebot vorschriftsmässig erfolgt ist, durch das Zeugnis desjenigen Matrikelführers nachzuweisen, der das Aufgebot angeordnet hat. Bezüglich der Ausstellung dieses Zeugnisses sind die Bestimmungen des § 58 entsprechend anzuwenden. Wenn ein ungarischer Staatsbürger im Auslande vor einer ausländischen Behörde eine Ehe schliessen will, wird der Umstand, dass gegen die Ehe nach den Gesetzen seines Vaterlandes kein Hinderniss obwaltet, auf Grund der vom Matrikelführer über das erfolgte Aufgebot ausgestellten Bescheinigung oder auf Grund des die Dispensation vom Aufgebot enthaltenden Beschlusses vom Justizminister bescheinigt (§ 59).

Wenn der Matrikelführer das Aufgebot oder der Civilbeamte die Intervention bei der Eheschliessung verweigert, ist derselbe gehalten, seinen diesfälligen Beschluss über Ersuchen der Parteien sammt den Motiven schriftlich zu verfassen und den Parteien hinauszugeben.

Gegen den abweislichen Beschluss des in den Punkten *a)*, *c)* und *d)* § 29 des Gesetzes über das Eherecht erwähnten Civilbeamten ist eine Berufung an den ersten Beamten des Municipiums statthaft.

Die Eheschliessenden können gegen den Beschluss des Verwaltungsausschusses sowie des in den Punkten *b)* und *c)* § 29 des Gesetzes über das Eherecht erwähnten Civilbeamten sich an den königl. Gerichtshof wenden (§ 60).

Das Gericht prüft nur die Gründe der Verweigerung, und inwieferne es findet, dass diese Gründe unrichtig sind oder gegen das

Gesetz verstossen, setzt dasselbe den abweislichen Beschluss ausser Kraft. In diesem Falle kann der Matrikelführer das Aufgebot, beziehungsweise der Civilbeamte die Intervention bei der Eheschliessung aus eben demselben Grunde nicht mehr verweigern.

Das gerichtliche Verfahren regelt der Justizminister mittelst Verordnung (§ 61).

2. Auf Grund dieser Paragraphe hat der Justizminister sub Z. 27198—1895, eine Verordnung erlassen. Von Interesse sind hier folgende Verfügungen:

Zu dem, nach den §§ 60 und 61 des G.-A. XXXIII: 1894 zulässigen gerichtlichen Verfahren ist jener königl. Gerichtshof competent, in dessen Sprengel der das Aufgebot verweigernde Matrikelführer, beziehungsweise jener Civilbeamte seinen Amtssitz hat, welcher die Mitwirkung bei der Eheschliessung verweigerte, wenn aber das Aufgebot oder die Mitwirkung bei der Eheschliessung der diplomatische Vertreter, der Consul der österreichisch-ungarischen Monarchie oder deren Stellvertreter (§ 29, Punkt e) des G.-A. XXXI: 1894) verweigert haben, der Budapester königl. Gerichtshof (§ 1).

Von der Competenz ist eine Abweichung nicht statthaft.

Das Gesuch kann jeder der Eheschliessenden persönlich, oder durch seinen bevollmächtigten Advocaten schriftlich einreichen, oder mündlich vorbringen (§ 2).

3. Der Matrikelführer muss sich natürlich von der Identität der vor ihm erscheinenden Parteien überzeugen. Ueber die Art des Nachweises gibt die Instruction Z. 60000 95 des Ministerium des Innern folgende Fingerzeige (§ 28.):

Insofern der Matrikelführer das erschienene Individuum (den Anmeldenden) persönlich kennt, ist eine weitere Nachforschung nicht nothwendig. In Ermanglung dessen ist zur Constatirung der Personsideutität genügend, wenn den Anmeldenden (Erschienenen) eine solche dritte Person kennt, welche dem Matrikelführer persönlich bekannt ist. Wenn auch dies nicht der Fall ist, oder wenn der Matrikelführer bei den concreten Umständen dies nicht als genügendes Beweismittel erachtet, ist der Matrikelführer berechtigt, die Vorlage sonstiger Beweismittel, namentlich die Beibringung einer solchen Urkunde zu verlangen, welche zum Nachweise der Personsideutität geeignet ist. Als solche Documente können gelten: das Arbeits- oder Dienstbotenbuch, Gewerbe-Certificat, Steuerbuch, Ernennungsdecret, Militär- (Honvéd-) oder Landsturm-Certificat, der Militär-Abschied, das Certificat über die Entlassung vom Spitale, der Universitäts-Index, das Schulzeugniss, der Auszug aus der staatlichen oder confessionellen Matrikel u. s. w. In der Eintragung ist die Modalität der Ueberzeugung von der Personsideutität zu erwähnen. Das zum Nachweise der Personsideutität vorgewiesene Document ist nach der erfolgten Eintragung zurückzugeben.

Hiezu bemerkt noch die Instruction Z. 27243—1895 des Min. des Innern (§ 4.):

Der Bevollmächtigte des einen Eheschliessenden kann sein: der andere Eheschliessende, oder auch der gesetzliche Vertreter oder der Bevollmächtigte des anderen Eheschliessenden.

Die Berechtigung zum Vorbringen des Ansuchens kann nach den Umständen auch schon dadurch erwiesen werden, wenn die vor dem Matrikelführer erscheinende Person die im Sinne dieser Instruction zur Anordnung des Aufgebots nothwendigen Documente der Eheschliessenden vorweist.

Der Matrikelführer muss sich in geeigneter Weise davon überzeugen, dass das vorgebrachte Ansuchen dem wahren Willen beider Eheschliessenden entspricht.

Der Matrikelführer kann vor Anordnung des Aufgebots auch das persönliche Erscheinen der im Orte oder in der Nähe wohnenden Eheschliessenden verlangen, wenn er hinsichtlich der Berechtigung der erschienenen Person Zweifel hegt, oder wenn das persönliche Erscheinen behufs Feststellung der Vorbedingungen für das Aufgebot wünschenswerth erscheint.

Und § 6 derselben Verordnung:

Der Matrikelführer hat vor Anordnung des Aufgebotes das Vorweisen der Geburtszeugnisse beider Eheschliessenden zu fordern.

§ 29. Die Ehe muss vor einem Civilbeamten geschlossen werden.

Civilbeamter ist:

- a) der Matrikelführer;
- b) der erste Beamte des Municipiums;
- c) der Oberstuhlrichter;
- d) der Bürgermeister der Stadt mit geregelter Magistrat;
- e) der diplomatische Vertreter, Consul der österreichisch-ungarischen Monarchie und die Stellvertreter derselben innerhalb der Grenzen der von der ungarischen Regierung erhaltenen Ermächtigung.

1. Der im Punkte e) genannte Beamte kann bei einer Eheschliessung blos dann interveniren, wenn der eheschliessende Mann ungarischer Staatsbürger ist, § 31.

2. Ueber das Aufgebot eines vor dem im Punkte e) erwähnten Civilbeamten zu schliessenden Ehen, bestimmt Ges. Art. XXXIII vom Jahre 1894 Folgendes:

Der im Punkte e), § 29 des Gesetzes über das Eherecht erwähnte Civilbeamte ersucht behufs Vornahme des Aufgebotes der vor ihm zu schliessenden Ehe den gemäss der Paragraphe 46 und 47 competenten Matrikelführer unmittelbar oder im Wege des königlichen Ministers des Innern.

Wenn ein ungarischer Staatsbürger eine Ehe im Auslande vor einer ausländischen Behörde schliesst, ordnet in Ungarn das Aufgebot der gemäss der Paragraphe 46 und 47 zur Vornahme desselben competente Matrikelführer an.

In diesen Fällen ist, wenn der zur Vornahme des Aufgebotes gemäss der Paragraphe 46 und 47 competente Matrikelführer nicht festgestellt werden kann, zur Vornahme des Aufgebotes, beziehungsweise auch zur Anordnung desselben der Budapest innerstädtische Matrikelführer competent, und wird das Aufgebot mit einer im Amtsblatte einmal einzuschaltenden Kundmachung veranlasst. (§ 49.)

3. Ueber die Immatrikulirung der vor dem im Punkte *e*) genannten Beamten geschlossenen Ehen bestimmt Ges.-Art. XXXIII vom Jahre 1894 Folgendes:

Die Geburt, die Ehe und der Todesfall eines ungarischen Staatsbürgers, wenn selbe (selber) im Auslande erfolgt, ist auch in die vaterländische Matrikel einzutragen.

In einem solchen Falle ist bezüglich der Eintragung der Geburt der competente Matrikelführer Derjenige, in dessen Bezirke die Eltern wohnhaft sind, in Ermangelung dessen, wo der Vater beziehungsweise die Mutter die Zuständigkeit besitzt. Bei unehelichen Kindern ist die Gemeindezuständigkeit der Mutter massgebend. Bezüglich der Eintragung der Eheschliessungen ist jener Matrikelführer competent, in dessen Bezirk der Gatte wohnt oder in Ermangelung des Wohnortes die Gemeindezuständigkeit besitzt. Bezüglich der Eintragung des Todesfalles ist jener Matrikelführer competent, in dessen Bezirk der Wohnort des Verstorbenen war, in Ermangelung dessen, wo derselbe die Gemeindezuständigkeit besessen hat. (§ 77.)

Die Eintragung erfolgt entweder auf Grund des durch die interessirten Parteien vorgewiesenen ausländischen Matrikelauszuges, oder auf Grund des im Sinne der bestehenden internationalen Verträge von amtswegen mitgetheilten ausländischen Matrikelauszuges.

Auf Grund jener von amtswegen mitgetheilten ausländischen Matrikelauszüge, durch welche die Gemeindezuständigkeit der in diesen Matrikelauszügen erwähnten Individuen nicht festgestellt werden kann, erfolgen die Eintragungen in der Inneren Stadt Budapest. (§ 78.)

Die ungarische Regierung kann den diplomatischen Vertretern, Consulen der österreichisch-ungarischen Monarchie und deren Stellvertretern die Ermächtigung ertheilen, in ihren Sprengeln bezüglich der Geburt und des Todesfalles von ungarischen Staatsbürgern, wie auch bezüglich der im Sinne des Punktes *e*) § 29 des Gesetzes über das Eherecht vor dieselben erfolgten Eheschliessungen als Matrikelführer vorzugehen.

Die bei dem Vorgehen erforderlichen Abweichungen stellt das Ministerium fest.

Der mit einer derartigen Ermächtigung versehene Matrikelführer übersendet das zweite Exemplar der Matrikel am Ende eines jeden Jahres an den Minister des Innern.

Matrikelauszüge auf Grund dieser zweiten Exemplare werden auch im Ministerium des Innern hinausgegeben. (§ 79.)

4. Auf Grund dieses § 79 des Matrikelgesetzes hat das ungarische Ministerium am 26. September 1895 eine Verordnung erlassen, in welcher die erforderlichen Abweichungen festgestellt sind. Im Sinne dieser Verordnung (I. Abschnitt, § 1) haben die ermächtigten diplomatischen Vertreter (Consuln) besondere Matrikel bisher in 2 Exemplaren in ungarischer Sprache und mit der Beglaubigung des königl. ungarischen Ministers des Innern versehen, zu führen, welche mit den Matrikelbüchern der österreichisch-ungarischen Consulgemeinde nicht identisch sind; die in diese besonderen Matrikelbücher geschehenen Eintragungen haben dementsprechend nicht die Wirkung der in die Matrikelbücher der Consulgemeinde geschehenen Eintragungen.

Das zweite Exemplar dieses besonderen Matrikelbuches muss am Ende eines jeden Jahres dem königl. ungarischen Minister des Innern eingesendet werden. — Auf Grund dieser Duplicate werden von Seite des königl. ungarischen Ministeriums des Innern Matrikelauszüge ausgefolgt. (§ 4.) Die Aufsichtsbehörde der diplomatischen Vertreter (Consule) in Betreff ihrer Thätigkeit als ungarische Matrikelführer ist der ungarische Minister des Innern (§ 5), für die im Gesetze begründeten Klagen ist der Budapester königl. ungarische Gerichtshof competent.

§ 30. Als vor dem Civilbeamten abgeschlossen ist die Ehe zu betrachten, wenn die öffentliche Meinung Denjenigen, vor dem die Ehe geschlossen worden ist, für einen Civilbeamten hält, ausgenommen, wenn beide Theile von dem Entgegengesetzten Kenntniss hatten.

Eine solche Eheschliessung, welche nicht vor dem Civilbeamten erfolgte, wird Kraft des Gesetzes nach keiner Hinsicht als Ehe betrachtet.

1. Diese Verfügung gilt für solche Ehen, welche vor ausländischen kirchlichen Behörden im Sinne der im betreffenden Staate bestehenden Gesetze geschlossen werden, nicht.

§ 31. Bei der Eheschliessung kann der Matrikelführer nur in seinem eigenen Bezirke, ein anderer Civilbeamter aber nur auf dem Gebiete seines amtlichen Wirkungskreises interveniren.

Der gemäss des § 32 competente Matrikelführer wird als in seinem eigenen Bezirke vorgehend betrachtet, wenn derselbe in Ermächtigung eines anderen Matrikelführers in dessen Bezirke bei der Eheschliessung intervenirt.

Der Punkt *e*) § 29 erwähnte Civilbeamte kann bei der Eheschliessung nur dann interveniren, wenn der eheschliessende Mann ungarischer Staatsbürger ist, und ist die vor demselben geschlossene Ehe so zu betrachten, als wäre sie in Ungarn geschlossen worden.

1. Der diplomatische Vertreter, welcher vom ungarischen Ministerium die Ermächtigung erhält, als ungarischer staatlicher Matrikelführer zu functioniren, hat unbedingt die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes vor Augen zu halten.

2. Da die vor dem diplomatischen Vertreter geschlossenen Ehen als in Ungarn geschlossen zu betrachten sind, da weiter in Betreff der formellen Erfordernisse der Eheschliessungen auf Grund des § 113 jene Gesetze, welche zur Zeit und am Orte der Eheschliessungen bestanden haben; in Folge dessen müssen bei den vor dem diplomatischen Vertreter oder Consul geschlossenen Ehen die Formalitäten der Eheschliessung nach ungarischem Gesetze beobachtet werden.

3. Eine ungarische Staatsbürgerin kann mit einem Ausländer vor dem diplomatischen Vertreter oder Consul Oesterreich-Ungarns keine Ehe schliessen.

4. Der diplomatische Vertreter (Consul) ersucht behufs Vornahme des Aufgebotes den competenten ungarischen Matrikelführer entweder direct oder im Wege des königl. ungarischen Ministerium des Innern. Ueber die Competenz des ungarischen Matrikelführers siehe Anmerkung zum § 28. (§§ 46, 47 des dort citirten Matrikelgesetzes.)

5. Der diplomatische Vertreter (Consul) kann das Aufgebot nur dann anordnen und die Eheschliessung nur dann vornehmen und immatrikuliren, wenn der eheschliessende ungarische Staatsbürger in Ungarn, nicht aber wenn er in Croatien-Slavonien zuständig ist (§ 13 der Verordnung des ungarischen Ministeriums vom 26. September 1895).

§ 32. Die Ehe muss in der Regel vor jenem Matrikelführer geschlossen werden, in dessen Bezirk der regelmässige Wohnort und in Ermangelung desselben der Aufenthaltsort der Eheschliessenden oder eines derselben sich befindet.

1. Der diplomatische Vertreter (Consul) ist für die Anordnung des Aufgebotes, für die Schliessung und Immatrikulirung der Ehe competent, wenn die eheschliessenden Parteien oder eine derselben ihren ständigen Wohnort oder wenigstens zur Zeit der Eheschliessung ihren Aufenthaltsort im Bezirke des Functionärs hat. (§ 14 der Verordnung des ungarischen Ministeriums vom 26. September 1895.)

§ 33. Der nach dem vorhergehenden Paragraph competent Matrikelführer kann auf Ansuchen der Eheschliessenden

einen anderen Matrikelführer ermächtigen, bei der Eheschliessung zu interveniren.

1. Der diplomatische Vertreter (Consul) kann eine solche Ermächtigung Niemandem ertheilen und von Niemandem annehmen. (§ 14 der Verordnung des ungarischen Ministeriums vom 26. September 1895.)

§ 34. Der Obergespan, in Budapest der Oberbürgermeister, kann auf motivirtes Ansuchen der Eheschliessenden gestatten, dass sie die Ehe auf dem Gebiete des Municipiums vor jenem in den Punkten *b)*—*d)* § 29 erwähnten Civilbeamten schliessen, in dessen Bezirk der Amtssitz des gemäss § 32 competenten oder gemäss § 33 bevollmächtigten Matrikelführers sich befindet.

1. In Fiume wird diese Erlaubniss durch den Gouverneur von Fiume ertheilt.

§ 35. Der Civilbeamte darf bei Schliessung der Ehe, ausgenommen den Fall des § 36, nur dann interveniren, wenn das Aufgebot regelmässig erfolgt ist, oder wenn für dasselbe Dispensation ertheilt wurde, und wenn ein gesetzliches Hinderniss oder ein die freie Einwilligung ausschliessender Umstand nicht zu seiner Kenntniss gelangte.

§ 36. Im Falle einer mit nahem Tode drohenden Krankheit eines der Eheschliessenden, darf die Ehe auch ohne Aufgebot und Dispensation geschlossen werden, wenn beide Eheschliessenden vor dem Civilbeamten (§ 31) erklären, dass nach ihrem besten Wissen zwischen ihnen kein Ehehinderniss besteht; diessbezüglich kann der Civilbeamte den Parteien auch einen Eid abnehmen. Ob der Fall einer mit nahem Tode drohenden Krankheit vorhanden ist, stellt unter Berücksichtigung der Umstände der vorgehende Civilbeamte fest.

1. Der ermächtigte diplomatische Vertreter (Consul) (§ 29 e.) kann in dringenden Fällen (also nicht blos im Falle einer Todesgefahr, vom Aufgebot dispensiren, wenn die eheschliessenden Parteien persönlich, mündlich oder in beglaubigtem Documente erklären, dass zwischen ihnen nach ihrem besten Wissen kein Ehehinderniss besteht. Wenn der Functionär ein solches Ansuchen um Dispensation abschlägig erledigt, können sich die Parteien um Dispensation an den ung. Minister des

Innern wenden. (§ 15 der Verordnung des ung. Ministeriums vom 26. September 1895.)

2. Wenn der diplomatische Vertreter (Consul) die Anordnung des Aufgebotes oder die Eheschliessung verweigert, ist die Klage bei dem Budapester kön. Gerichtshof einzureichen. Der Functionär ist verpflichtet, auf Verlangen der Parteien über seinen abschlägigen Bescheid ein Protokoll aufzunehmen und den Parteien auszufolgen; er hat Letztere auch auf ihr Klagerecht aufmerksam zu machen. Wenn der Budapester kön. Gerichtshof den abschlägigen Bescheid rechtskräftig ausser Kraft setzt, kann der Functionär seine Mitwirkung aus demselben Grunde nicht mehr verweigern. (§ 16 derselben Verordnung.)

§ 37. Die Eheschliessung erfolgt öffentlich in dem hiezu bestimmten Amtslokale.

Aus wichtigen Gründen kann der Civilbeamte auf Ansuchen der Eheschliessenden bei der Schliessung der Ehe auch mit Ausschluss der Oeffentlichkeit und ausserhalb des Amtslcales interveniren.

§ 38. Zur Schliessung der Ehe ist die freie Einwilligung der Eheschliessenden nothwendig. Zwang, Irrthum, Täuschung (§§ 53—55) schliesst die freie Einwilligung aus.

§ 39. Die Ehe wird derart geschlossen, dass die vor dem intervenirenden Civilbeamten zusammen anwesenden Eheschliessenden in Gegenwart zweier Zeugen persönlich erklären, dass sie mit einander eine Ehe schliessen. Die Erklärung kann weder an eine Bedingung, noch an eine Zeit geknüpft werden.

Nachdem die Erklärung erfolgt ist, erklärt der Civilbeamte die Eheschliessenden im Sinne des Gesetzes für Eheleute.

1. Diese Formalität ist auch von dem diplomatischen Vertreter (Consul) zu beobachten. (§§ 113, 31.)

2. Wenn die Eheschliessenden ungarisch nicht verstehen, so verfügt § 65 der Verordnung Z. 17253 95 des Justizministers Folgendes:

Wenn die Eheschliessenden ungarisch nicht verstehen und der Civilbeamte die Sprache der Eheschliessenden nicht versteht, so muss ein Dolmetsch angewendet werden, welcher die in ungarischer Sprache gehaltenen Fragen und Erklärungen des Civilbeamten den Eheschliessenden, deren Antwort aber dem Civilbeamten mittheilt. Der Dolmetsch, dessen Anwendung in den Ehematrikeln, beziehungsweise in dem über die Eheschliessung aufgenommenen Protokoll erwähnt werden muss, unter-

fertigt die Eintragung in die Ehematrikel, beziehungsweise in das über die Ehe aufgenommene Protokoll.

Dem Dolmetsch nimmt, wenn er kein beeideter Dolmetsch ist, der Civilbeamte vor Beginn des Verfahrens einen Eid ab.

Wenn der Civilbeamte die Sprache der ungarisch nicht verstehenden Eheschliessenden versteht, so nimmt er von der Anwendung eines Dolmetsch Abstand und erklärt selbst seine in ungarischer Sprache gehaltenen Fragen und Erklärungen in der Sprache der Eheschliessenden, was er im Ehematrikel, beziehungsweise in dem in ungarischer Sprache aufgenommenen Protokoll erwähnen muss.

§ 40. Bei einer Eheschliessung können als Zeugen nur solche Individuen zugezogen werden, welche das sechzehnte Lebensjahr schon vollendet haben und die Handlung der Eheschliessung zu verstehen im Stande sind. Zeugen können auch die Verwandten der Eheschliessenden oder des intervenirenden Civilbeamten sein.

1. Hiezu bemerkt die Instruction des Z. 27243/95 des Justizministers Folgendes (§ 68.):

Zeugen können sein: ungarische Staatsbürger und Ausländer, Männer und Frauen und auch solche Personen, welche Verwandte der Eheschliessenden oder des intervenirenden Civilbeamten sind. (§ 40 des Ehegesetzes.)

Es ist verboten, mehr als zwei Zeugen zu verwenden, beziehungsweise in die Ehematrikel oder in das über die Eheschliessung aufgenommene Protokoll einzutragen.

Das Beistellen von Zeugen ist die Pflicht der Eheschliessenden.

Die im Matrikelamt in Verwendung stehenden Personen, z. B. Kanzlisten, können, ausgenommen die Ehe ihrer Verwandten, nicht als Zeugen verwendet werden.

Vierter Abschnitt.

Ungiltigkeit der Ehe.

§ 41. Die Ehe ist nichtig, wenn ihre Schliessung vor dem Civilbeamten, jedoch

- a) nicht im eigenen Bezirke desselben, oder
- b) mit Umgehung irgend eines der im ersten Alinea des § 39 vorgeschriebenen sonstigen Erfordernisse erfolgt ist.

1. Dieser Nichtigkeitsgrund gilt auch für eine solche Ehe, welche vor dem diplomatischen Vertreter (Consul) Oesterreich-Ungarns von

einem ungarischen Staatsbürger ungarischer Zuständigkeit geschlossen wird (§ 113. 31).

2. Bei solchen Ehen, welche von Ungarn im Auslande, aber nicht vor dem diplomatischen Vertreter geschlossen werden, gelten bezüglich dieses Erfordernisses die zur Zeit und am Orte der Eheschliessung bestehenden Gesetze (§ 113).

§ 42. Auf Grund des Punktes *a*) des vorhergehenden Paragraph ist die Ehe nicht nichtig:

a) wenn die öffentliche Meinung Denjenigen, vor welchem die Ehe geschlossen worden ist, für den Civilbeamten des betreffenden Bezirkes gehalten hat, ausgenommen, wenn beide Eheschliessenden das Gegentheil wussten;

b) wenn der Civilbeamte in dem bei der Schliessung der Ehe benachbarten Bezirke intervenirt hat, ausgenommen, wenn beide eheschliessenden Parteien wussten, dass der Civilbeamte nicht in seinem eigenen Bezirke vorgeht.

§ 43. Wenn die vor dem Civilbeamten zusammen anwesenden Eheschliessenden persönlich erklären, dass sie miteinander eine Ehe schliessen, und wenn sie von der Schliessung der Ehe angefangen ein Jahr hindurch als Mann und Frau zusammen gelebt haben, ist die Ehe deshalb, dass sie entgegen der im ersten Alinea des § 39 enthaltenen sonstigen Verfügung geschlossen worden ist, — nicht nichtig.

1. Dieser Vorgang kann von einem ungarischen Staatsbürger männlichen Geschlechts vor dem diplomatischen Vertreter befolgt werden (§§ 31, 113).

§ 44. Eine entgegen dem § 6 geschlossene Ehe ist nichtig.

Die Nichtigkeit der Ehe hört auf, wenn die handlungsunfähige Partei nach Aufhören der Handlungsunfähigkeit die Ehe vor Aufhören oder Ungiltigkeitserklärung derselben gutheisst.

Ob die Fortsetzung des Zusammenlebens eine Gutheissung ist, muss nach den Umständen des Falles entschieden werden.

Die Gutheissung ist wirkungslos, wenn zwischen den Ehegatten mittlerweile das Hinderniss des Punktes *d*) des

§ 11, der §§ 12 oder 13 entstanden ist, und zwar auch dann, wenn das Hinderniss zur Zeit der Guttheissung bereits aufgehört hat.

Auf Grund der §§ 7 und 8 kann die Ehe selbst dann angefochten werden, wenn die auf dem § 6 basirende Nichtigkeit aufgehört hat.

1. Die Handlungsunfähigkeit zur Zeit der Eheschliessung und das spätere Aufhören der Handlungsunfähigkeit ist nach den Gesetzen des Staates zu beurtheilen, dem die handlungsunfähige Person angehört (§ 108).

2. Ueber den Nachweis fremder Gesetze und Rechtsverhältnisse siehe Anmerkungen 3. 4. zu § 3.

§ 45. Eine Ehe ist nichtig, wenn sie entgegen einem der §§ 11, 12 und 13 geschlossen wurde.

Auf Grund des Punktes c) des § 11 ist die Ehe nicht nichtig, wenn vor dem Aufhören oder der Ungiltigkeitserklärung derselben nachträgliche Dispensation ertheilt worden ist.

Siehe Anmerkungen zu §§ 11, 12, 13.

§ 46. Die nichtige Ehe kann vor Aufhören derselben nur dann für nichtig betrachtet werden, wenn sie in einem Nichtigkeitsprocesse als solche erklärt worden ist.

Die nichtige Ehe muss nach ihrem Aufhören oder nach ihrer Nichtigkeitserklärung so betrachtet werden, als wäre sie gar nicht geschlossen worden.

1. Der Nichtigkeitsprocess kann bei einem ungarischen Gerichte bloß dann eingeleitet werden, wenn wenigstens die eine Partei ungarischer Staatsangehörigkeit und ungarischer Zuständigkeit ist (§§ 114, 135).

2. In dem Nichtigkeitsprocesse hat das ungarische Gericht die formellen Nichtigkeitsgründe bei ausländischen Ehen, welche vor dem diplomatischen Vertreter geschlossen worden sind, nach ungarischen Gesetzen, bei solchen ausländischen Ehen aber, welche nicht vor dem diplomatischen Vertreter Oesterreich-Ungarns geschlossen worden sind, nach den zur Zeit und am Orte der Eheschliessung geltenden Gesetzen zu beurtheilen. — Die Nichtigkeitsgründe wegen Handlungsunfähigkeit und Alter sind vom ungarischen Gerichte nach den Gesetzen des Staates zu beurtheilen, dem die Person angehört (§§ 113, 31, 108).

3. Der Nichtigkeitsprocess für Ehen zwischen zwei Ausländern kann nur in dem Falle vor einem ungarischen Gericht eingeleitet werden,

wenn das Urtheil des ungarischen Gerichtes in dem Staate Geltung hat, dem die Ehegatten angehören (§ 116).

4. Betreff des Nachweises fremder Gesetze und Rechtsverhältnisse siehe Anmerkung 3. 4. zu § 3.

§ 47. Zur Einleitung des Nichtigkeitsprocesses sind berechtigt: die Ehegatten, der königl. Staatsanwalt und Derjenige, der nachweist, dass von der Nichtigkeitserklärung der Ehe ein rechtliches Interesse für ihn abhängt.

Zur Einleitung eines solchen Processes sind insbesondere berechtigt:

a) der frühere Ehegenosse auf Grund der mit ihm früher geschlossenen Ehe, insolange diese Ehe nicht aufgehört hat;

b) der spätere Ehegenosse, wenn die Giltigkeit seiner eigenen Ehe von der Nichtigkeit der früheren Ehe abhängt;

c) Derjenige, der bezüglich der Giltigkeit der späteren Ehe rechtlich interessirt ist.

§ 48. Ein in seiner Handlungsfähigkeit beschränkter Ehegenosse ist im Nichtigkeitsprocesse processfähig.

Auf handlungsunfähige Ehegenossen sind die Normen der gesetzlichen Vertretung anzuwenden.

1. Siehe Anmerkung 2 zum § 46.

2. Das ungarische Gericht hat bei Ausländern in Betreff der gesetzlichen Vertretung die Normen jenes Staates anzuwenden, dem die betreffende Person angehört.

3. Die Processfähigkeit besitzt auch der Ausländer, der nach seinen eigenen Gesetzen handlungsunfähig ist.

§ 49. Der Nichtigkeitsprocess kann nur insolange eingeleitet werden, bis die Ehe nicht aufgehört hat.

§ 50. Das im Nichtigkeitsprocesse erbrachte rechtskräftige Urtheil ist Jedermann gegenüber wirksam.

Wenn in einem auf Grund des § 12 eingeleiteten Nichtigkeitsprocesse der frühere Ehegenosse nicht theilgenommen hat, erstreckt sich die Wirksamkeit des abweislichen Urtheiles auf ihn nicht.

1. Betreffs Wirksamkeit des Urtheils im Auslande siehe § 116.

2. Betreff Fiumes siehe Anmerkung 5 zu § 20.

§ 51. Angefochten kann jene Ehe werden, welche ein Ehegenosse entgegen dem § 7 geschlossen hat.

§ 52. Angefochten kann die Ehe werden, welche irgend ein Ehegenosse ohne die im § 8 erforderliche Einwilligung beziehungsweise Guttheissung geschlossen hat.

Ein Irrthum der vormundschaftsbehördlichen Feststellung (viertes Alinea des § 9) ist auf die Giltigkeit der Ehe nicht vom Einflusse.

§ 53. Die Ehe kann wegen Zwanges angefochten werden, wenn ein Ehegenosse dieselbe in Folge einer durch Drohung hervorgerufenen begründeten Furcht geschlossen hat.

§ 54. Eine Ehe kann angefochten werden wegen Irrthums:

a) wenn der eine Ehegenosse überhaupt keine Ehe schliessen wollte, und nicht wusste, dass er mit seiner Erklärung eine Ehe schliesst;

b) wenn der eine Ehegenosse mit einer anderen Person eine Ehe schliesst, als mit der er wollte, und er nicht wusste, dass die Person eine andere sei;

c) wenn der eine Ehegenosse bereits zur Zeit der Schliessung der Ehe dauernd unfähig war, die ehelichen Pflichten zu erfüllen, und der andere Ehegenosse dies nicht wusste, und auch aus den Umständen dies nicht folgern konnte;

d) wenn der eine Ehegenosse zu der im § 79 oder der im Punkte d) des § 80 erwähnten Strafe verurtheilt war, und der andere Ehegenosse dies nicht wusste, und im letzteren Falle zugleich begründeter Weise vorausgesetzt werden kann, dass derselbe, wenn er dies gewusst hätte, die Ehe nicht geschlossen haben würde;

e) wenn die Frau zur Zeit der Schliessung der Ehe von einem Andern ausserehelich geschwängert war, und der Gatte dies zur Zeit der Schliessung der Ehe nicht wusste;

f) wenn der für todt erklärte Ehegenosse nach Schliessung der neuen Ehe sich meldet, und die neuen Ehegenossen

zur Zeit der Schliessung der Ehe nicht wussten, dass der für todt Erklärte am Leben ist.

§ 55. Die Ehe kann wegen Täuschung angefochten werden, wenn die Täuschung sich auf wesentliche persönliche Eigenschaften des anderen Ehegenossen bezieht, und der andere Ehegenosse die Täuschung wissentlich selbst hervorgerufen hat, oder von der Täuschung, welche von einem Dritten stammt, — Kenntniss hatte.

Die Ehe kann nicht angefochten werden, wenn begründeter Weise vorausgesetzt werden kann, dass die getäuschte Partei die Ehe auch ohne die Täuschung geschlossen hatte.

§ 56. Zur Anfechtung ist berechtigt:

a) im Falle der entgegen dem § 7 geschlossenen Ehe, solange das unentwickelte Alter des Ehegenossen andauert, auf Grund der vom Justizminister erhaltenen Ermächtigung der königl. Staatsanwalt, über diese hinaus der Ehegenosse selbst;

b) im Falle der entgegen dem § 8 geschlossenen Ehe der das entwickelte Alter erreichte minderjährige Ehegenosse, und solange seine Minderjährigkeit andauert, seine Vormundschaftsbehörde;

c) in den Fällen der §§ 53—55 der gezwungene, im Irrthum befindliche oder getäuschte Ehegenosse.

Die Vormundschaftsbehörde übt das Recht der Anfechtung durch den Waisenfiskal.

Derjenige Ehegenosse, der nach Erreichung seines entwickelten Alters die Ehe gutheisst (§ 44, 65), kann dieselbe, aus dem Grunde, dass die Ehe entgegen dem § 8 geschlossen wurde, nicht anfechten.

1. Wenn ein Ausländer vor einem ungarischen Gerichte den Anfechtungsprocess führen will, gelten in Betreff des Alters desselben die Gesetze seines Staates (§ 108) und ist unter Vormundschaftsbehörde jene Behörde zu verstehen, welche in seinem Staate als solche gilt.

2. Wenn die Staatsbürgerschaft des Ausländers nicht festgestellt werden kann, gelten die Gesetze seines Wohnortes (§ 119).

3. In Fiume übt die Vormundschaftsbehörde ihr Anfechtungsrecht

den dort bestehenden gesetzlichen Gepflogenheiten entsprechend aus. (Verordnung Z. 2022—1895 des Ministerpräsidenten II. 2.)

§ 57. Der Termin der Anfechtung ist ein Jahr.

Dieser Termin ist zu rechnen:

a) Im Falle der entgegen dem § 7 geschlossenen Ehe für den königl. Staatsanwalt von dem Tage angefangen, an welchem er von der Anfechtbarkeit der Ehe amtliche Kenntniss erlangte, für den Ehegenossen von dem Tage an, an welchem er sein entwickeltes Alter erreicht hat;

b) im Falle der entgegen dem § 8 geschlossenen Ehe für die Vormundschaftsbehörde von dem Tage angefangen, an welchem die Eheschliessung derselben zur amtlichen Kenntniss gelangte; für den Ehegenossen von dem Tage angefangen, an welchem er die Ehe geschlossen hat, und wenn er damals noch im unentwickelten Alter stand, von dem Tage angefangen, an welchem er sein entwickeltes Alter erreicht hat;

e) in den Fällen der §§ 53—55, von dem Tage angefangen, an welchem der Ehegenosse von der Wirkung des Zwanges befreit wurde, und den Irrthum oder die Täuschung erkannte.

§ 58. Mit der Kenntnissnahme der Vormundschaftsbehörde ist von gleicher Wirksamkeit die Kenntnissnahme jenes gesetzlichen Vertreters oder des Vaters oder der Mutter, deren nachträgliche Einwilligung zur Ausschliessung der Anfechtbarkeit genügend ist.

Wenn hiezu nur die nachträgliche Einwilligung Beider genügend ist und die Kenntnissnahme an verschiedenen Tagen erfolgte, so muss der Termin von dem Tage der späteren Kenntnissnahme gerechnet werden.

Die frühere Kenntnissnahme Desjenigen, welcher mittlerweile zur Einwilligung berechtigt wurde, muss so betrachtet werden, als wenn er dieselbe mit der Berechtigung gleichzeitig erlangt hätte.

§ 59. Im Falle der entgegen dem § 8 geschlossenen Ehe kann innerhalb des für die Vormundschaftsbehörde fest-

gestellten Termiues die Anfechtung auch der gesetzliche Vertreter oder der Vater oder die Mutter, deren Einwilligung zur Ehe noch fehlt, geltend machen.

Die Anfechtung verliert jedoch ihre Wirksamkeit, wenn die Vormundschaftsbehörde binnen drei Monaten, von der amtlichen Verständigung an gerechnet, dieselbe sich nicht zu eigen machte.

§ 60. Wenn der Ehegenosse in der Vornahme der Anfechtung durch Gewalt oder Handlungsunfähigkeit gehindert wird, ruht der Lauf des Termins solange, bis das Hinderniss andauert.

Diese Verfügung ist entsprechend anzuwenden, wenn der im § 58 erwähnte gesetzliche Vertreter oder der Vater oder die Mutter an der Verständigung der Vormundschaftsbehörde verhindert ist.

§ 61. Eine Anfechtung kann nicht statthaben:

a) wenn die Ehe durch richterliches Urtheil aufgelöst wurde, oder im Sinne des § 74 aufgehört hat;

b) wenn der im unentwickelten Alter stehende, minderjährige, gezwungene, im Irrthum befindliche oder getäuschte Ehegenosse gestorben ist;

c) auf Grund des Punktes f) des § 54, wenn der für todt Erklärte gestorben ist, oder die neue Ehe aufgehört hat.

1. Das für Ungarn im Auslande erbrachte Urtheil wird von einem ungarischen Gerichte bloß dann respectirt, wenn in dem betreffenden Staate auch die ungarischen Urtheile gelten (siehe § 116).

2. Für Fiume, siehe Anmerkung 5 zu § 20.

§ 62. Wenn die Ehe innerhalb des Anfechtungstermines oder vor dem im § 61 bestimmten Zeitpunkte nicht angefochten worden ist, sowie auch in den Fällen der nachträglichen Dispensation, Einwilligung, Guttheissung und Genehmigung (§§ 63—66) muss die Anfechtbarkeit der Ehe so betrachtet werden, als hätte dieselbe gar nicht bestanden.

§ 63. Eine nachträgliche Dispensation kann nur in dem Falle der entgegen dem § 7 geschlossenen Ehe insolange

statthaben, als der Ehegenosse sein entwickeltes Alter nicht erreicht hat (§ 66).

§ 64. Die nachträgliche Einwilligung und Genehmigung kann in dem Falle der entgegen dem § 8 geschlossenen Ehe insolange statthaben, als der Ehegenosse seine Volljährigkeit nicht erreicht hat (§ 66). Die nachträgliche Einwilligung beziehungsweise Genehmigung kommt dem jeweiligen gesetzlichen Vertreter, dem zur Einwilligung berechtigten Vater, der Mutter oder der Vormundschaftsbehörde zu.

Auf die Beurtheilung der nachträglichen Einwilligung beziehungsweise Genehmigung ist es nicht vom Einflusse, dass der minderjährige mittlerweile sein zwanzigstes Lebensjahr vollendet hat.

Im Uebrigen sind auf die nachträgliche Einwilligung und Genehmigung die §§ 8—10 entsprechend anzuwenden.

§ 65. Die Guttheissung ist nur dann von Wirksamkeit, wenn der Ehegenosse dieselbe zu einer solchen Zeit kundgibt, wo für ihn gemäss des § 57 der Anfechtungstermin schon begonnen hat. Ob die Fortsetzung des Zusammenlebens eine Guttheissung ist, muss nach den Umständen des Falles beurtheilt werden.

Die Guttheissung der entgegen dem § 8 geschlossenen Ehe hebt das Anfechtungsrecht der Vormundschaftsbehörde nicht auf.

§ 66. Eine Dispensation, Einwilligung, Guttheissung und Genehmigung kann nicht mehr statthaben, wenn die Ehe für ungiltig erklärt worden ist, oder die angefochtene Ehe aufgehört hat, oder wenn die Ehe durch eine Anzeige angefochten worden ist.

§ 67. Die anfechtbare Ehe muss auch im Falle der Anfechtung nach dem Aufhören oder der Ungiltigkeitserklärung derselben oder nach der Anfechtung derselben mittelst Anzeige so betrachtet werden, als wäre dieselbe gar nicht geschlossen worden.

§ 68. Die Anfechtung erfolgt, insolange die Ehe nicht aufgehört hat, durch eine Klage, eventuell durch eine Widerklage. nach Aufhören der Ehe durch eine an das Gericht gerichtete Anzeige.

Die durch eine Klage oder Widerklage erfolgte Anfechtung kann nur bis zum Aufhören der Ehe zurückgezogen werden.

Die Zurückziehung der Anzeige ist wirkungslos.

1. Siehe die Anmerkungen zu § 46.

§ 69. Der Ehegenosse kann seine Ehe nur selbst anfechten, dem gesetzlichen Vertreter steht dieses Recht nicht zu.

Ein in seiner Handlungsfähigkeit beschränkter Ehegenosse ist im Anfechtungsprocesse processfähig.

Wenn der Ehegenosse in dem Falle der entgegen dem § 7 geschlossenen Ehe im Laufe des durch den königl. Staatsanwalt angestregten Processes sein entwickeltes Alter erreicht, oder in dem Falle der entgegen dem § 8 geschlossenen Ehe im Laufe des durch die Vormundschaftsbehörde angestregten Processes volljährig wird, geht der Process so wie er ist, auf ihn über.

§ 70. Die Bestimmungen der §§ 49 und 50 sind auf die Anfechtungsprocesse entsprechend anzuwenden.

§ 71. Nach Aufhören der Ehe kann Jedermann seine von der Ungiltigkeit der Ehe abhängigen Rechte geltend machen.

Das rechtskräftige Urtheil ist nur den im Processe stehenden gegenüber wirksam.

§ 72. Die Bestimmungen der §§ 98, 101—103 sind auf die die Ungiltigkeit der Ehe behandelnden Processe entsprechend anzuwenden.

In Nichtigkeits- oder durch den königl. Staatsanwalt angestregten Anfechtungsprocessen kann der Richter das getrennte Leben der Ehegenossen auf Antrag des königl. Staatsanwaltes oder auch von Amtswegen anordnen.

Fünfter Abschnitt.

Aufhören der Ehe.

§ 73. Die Ehe hört auf:

- a) mit dem Tode eines der Ehegenossen (§ 74);
- b) durch richterliche Lösung derselben.

Im Falle der Todeserklärung ist die Vermuthung massgebend, dass der für todt Erklärte nicht weiter gelebt hat als bis zu dem Zeitpunkte, welcher im Urtheile als der Tag seines Ablebens festgestellt wird.

1. In Stadt und Bezirk Fiume gelten bezüglich des im Paragraphe erwähnten Vermuthung die dort giltigen gesetzlichen Gepflogenheiten. (Verordnung Z. 2022 des Ministerpräsidenten.)

§ 74. Die Ehe hört auch dadurch auf, dass einer der Ehegenossen nach der Todeserklärung des anderen eine Ehe schliesst, ausgenommen, wenn eine der die neue Ehe schliessenden Parteien zur Zeit der Eheschliessung wusste, dass der für todt Erklärte lebt, oder wenn die neue Ehe aus einem anderen Grunde nichtig ist.

§ 75. Die Ehe kann nur durch ein richterliches Urtheil und nur aus den in den §§ 76—80 enthaltenen Gründen aufgelöst werden.

1. Siehe Anmerkungen zu § 46.

2. Der Gesetzartikel XXXIII vom Jahre 1894 über die staatlichen Matrikel verfügt: § 67. Wenn die Ehe mit rechtskräftigem richterlichen Urtheile als ungiltig erklärt oder aufgelöst wird, wenn die Parteien von Tisch und Bett getrennt werden, oder wenn die von Tisch und Bett getrennten Eheleute die Wiederherstellung der Lebensgemeinschaft bei dem im Processe vorgehenden Gerichte anmelden, so verständigt das Gericht erster Instanz hievon behufs Vornahme der entsprechenden Eintragung in die Matrikel unter Mittheilung des rechtskräftigen richterlichen Urtheiles den Matrikelführer von Amtswegen.

Auf Grund eines von einem ausländischen Gerichte in der Eheangelegenheit eines ungarischen Staatsbürgers erbrachten Urtheiles kann eine Eintragung in die Matrikel nicht erfolgen.

§ 76. Die Lösung der Ehe kann jener Ehegenosse verlangen, dessen Ehegefährte einen Ehebruch oder eine Unzucht

wider die Natur begeht, oder wissend, dass seine Ehe noch aufrecht besteht, eine neue Ehe schliesst.

§ 77. Die Lösung der Ehe kann jener Ehegenosse verlangen, den sein Ehegefährte wissentlich und ohne rechtlichen Grund verlassen hat:

a) wenn der die eheliche Lebensgemeinschaft störende Ehegenosse nach Verlauf von sechs Monaten von dem Verlassen seines Ehegenossen gerechnet durch einen richterlichen Beschluss zur Wiederherstellung der Lebensgemeinschaft verpflichtet wurde, und derselbe diesem Beschlusse binnen des gerichtlich anberaumten Termines nicht entspricht;

b) wenn der die eheliche Lebensgemeinschaft störende Ehegenosse, dessen Aufenthaltsort mindestens seit einem Jahre unbekannt ist, zur Wiederherstellung der Lebensgemeinschaft innerhalb eines Jahres im Wege eines richterlichen Edictes aufgefordert wurde und dieser Aufforderung ungerechtfertigt nicht entspricht.

§ 78. Die Lösung der Ehe kann jener Ehegenosse verlangen, dem sein Ehegenosse nach dem Leben trachtete, oder den sein Ehegenosse in einer, die körperliche Unversehrtheit oder die Gesundheit gefährdenden Weise absichtlich schwer misshandelt hat.

§ 79. Die Lösung der Ehe kann jener Ehegenosse verlangen, dessen Ehegenosse nach Schliessung der Ehe zum Tode oder zu mindestens fünfjährigem Zuchthause oder Kerker verurtheilt wurde.

Die Lösung der Ehe kann nicht statthaben, wenn der Ehegenosse das Verbrechen vor Schliessung der Ehe begangen hat, und sein Ehegenosse von diesem Umstande zur Zeit der Eheschliessung Kenntniss hatte.

§ 80. Die Ehe kann auf Verlangen eines der Ehegenossen gelöst werden, wenn der andere Ehegenosse:

a) die Pflichten des Ehegenossen ausser den Fällen der Paragraphe 76 — 78 durch sein absichtliches Betragen schwer verletzt;

b) ein zur Familie des Ehegenossen gehörendes Kind zur Begehung einer strafbaren Handlung oder zum unmoralischen Lebenswandel veranlasst oder zu veranlassen trachtet;

c) einen unmoralischen Lebenswandel verstockter Weise fortsetzt;

d) nach Schliessung der Ehe zu einer Zuchthaus- oder Kerkerstrafe in der Dauer von weniger als fünf Jahren oder wegen eines aus Gewinnsucht begangenen Vergehens zu Gefängniss verurtheilt wurde.

In diesen Fällen kann die Ehe nur dann gelöst werden, wenn der Richter unter sorgfältiger Berücksichtigung der Individualität und der Lebensverhältnisse der Ehegenossen sich davon überzeugt hat, dass das eheliche Verhältniss in Folge einer der angeführten Gründe so sehr zerstört ist, dass für den die Lösung der Ehe Verlangenden die Fortsetzung der Lebensgemeinschaft unerträglich geworden ist.

§ 81. Die Lösung der Ehe kann nicht verlangen, wer in die strafbare Handlung seines Ehegenossen eingewilligt oder an derselben theilgenommen hat.

Der Umstand, dass auch gegen den die Lösung der Ehe verlangenden Ehegenossen ein Scheidungsgrund vorliegt, schliesst das Klagerecht nicht aus.

§ 82. Das Klagerecht hört auf, wenn der Ehegenosse die strafbare Handlung verziehen hat.

Eine Verzeihung kann auch im Laufe des Processes statthaben.

§ 83. In den Fällen der Paragraphe 76, 78, 79 und 80 kann die Klage nur innerhalb sechs Monate von dem Tage gerechnet angestrengt werden, an welchem der Ehegenosse zur Kenntniss der strafbaren Handlung, oder in dem Falle des § 79 und § 80, Punkt d) des Strafurtheiles gelangte.

Wenn der Ehegenosse an der Anstrengung der Klage durch Gewalt oder Handlungsunfähigkeit verhindert wurde, ruht der Lauf des Termines solange das Hinderniss dauert,

sowohl bezüglich seiner Person, als auch des gesetzlichen Vertreters (§ 87).

Nach Verlauf von zehn Jahren nach Verübung der strafbaren Handlung, beziehungsweise nach Erwachsen des ~~Strafurtheiles~~ in Rechtskraft kann eine Klage auf Lösung der Ehe nicht statthaben.

§ 84. Zur Unterstützung des Verlangens auf Lösung der Ehe kann nebst dem als Basis der Klage oder Widerklage dienenden Lösungsgrund auch auf einen solchen Lösungsgrund Berufung geschehen, bezüglich dessen das Klagerecht schon aufgehört hat.

§ 85. In dem die Lösung der Ehe aussprechenden Urtheile ist jener Ehegenosse, in Folge dessen Schuld die Ehe gelöst wurde, für schuldig zu erklären.

Wenn in Folge einer Widerklage die Lösung der Ehe in Folge der Schuld beider Ehegenossen erfolgt ist, erklärt der Richter beide Theile für schuldig.

Auch ohne Widerklage kann der Geklagte verlangen, dass im Falle der Lösung der Ehe auch der Kläger für schuldig erklärt werde, wenn er gegen denselben einen Lösungsgrund nachweist; dieses Verlangen kann er auch auf einen solchen Lösungsgrund basiren, bezüglich dessen sein Klagerecht bereits aufgehört hat, welcher aber zur Zeit des Entstehens des die Basis der Lösung der Ehe bildenden Lösungsgrundes noch bestanden hat.

Dem wegen Ehebruchs für schuldig erklärten Ehegenossen ist in dem die Lösung der Ehe aussprechenden Urtheile die Eheschliessung mit Demjenigen zu verbieten, mit dem er den Ehebruch begangen hat.

§ 86. Ein in seiner Handlungsfähigkeit beschränkter Ehegenosse ist in dem behufs Lösung der Ehe angestregten Prozesse processfähig.

1. Die Processfähigkeit wird von dem ungarischen Gerichte jedenfalls nach ungarischem Gesetze, die Handlungsunfähigkeit hingegen nach dem Gesetze des Staates beurtheilt, dem die Person angehört.

2. Der nach seinen eigenen Gesetzen handlungsunfähige Ausländer ist auch processfähig.

§ 87. Im Namen eines geisteskranken Ehegenossen kann dessen gesetzlicher Vertreter mit Ermächtigung der Vormundschaftsbehörde die Lösung der Ehe verlangen.

Die Vormundschaftsbehörde kann die Ermächtigung nur dann ertheilen, wenn das offenbare Interesse des Geisteskranken die Lösung der Ehe erheischt.

§ 88. Die Ehe hört an dem Tage auf, an welchem das die Ehe lösende Urtheil in Rechtskraft erwächst.

§ 89. Hat das Urtheil nur einen der Ehegenossen für schuldig erklärt, ist der für schuldig erklärte Ehegenosse verpflichtet, jene Geschenke, welche er während des Bestandes der Ehe oder vor der Ehe zum Zwecke der Eheschliessung von dem anderen Ehegenossen erhalten hat, in natura rückzuerstatten oder wenn dies nicht mehr möglich ist, den Werth der Schenkung bis zur Höhe der Bereicherung zu ersetzen.

Die Schenkungs-Versprechungen, welche der nicht schuldige Ehegenosse während des Bestandes der Ehe oder vor der Ehe zum Zwecke der Eheschliessung zu Gunsten des für schuldig erklärten Ehegenossen gemacht hat, verlieren ihre Wirksamkeit.

Das Recht zur Rückforderung bildet nur für den Fall den Gegenstand der Cession, Execution und Erbschaft, wenn der Berechtigte die Klage angestrengt hat. Die Klage verjährt innerhalb eines Jahres von der Lösung der Ehe gerechnet.

§ 90. Der für schuldig erklärte Mann ist verpflichtet, die nichtschuldige Frau seiner Vermögenslage und seiner gesellschaftlichen Stellung entsprechend zu erhalten, insofern für einen derartigen Unterhalt das Einkommen der Frau ungenügend ist.

Der Unterhalt ist in Baarem in vorhinein und in der Regel in monatlichen Raten zu bezahlen.

Der Gatte ist auf Wunsch der Frau verpflichtet, den Unterhalt sicherzustellen.

§ 91. Eine Erhöhung des bemessensn Unterhaltes ist statthaft:

a) wenn selbst der nothwendige Unterhalt wegen der Vermögenslage des Gatten nicht festgestellt werden konnte, und diese sich mittlerweile gebessert hat;

b) wenn bei der Feststellung des Unterhaltes solche Einkünfte der Frau in Rechnung gezogen wurden, welche diese später ohne ihr Verschulden verloren hat.

§ 92. Bezüglich des Unterhaltes können die Ehegenossen sich frei vereinbaren, und die Frau kann auch demselben entsagen.

Die Verpflichtung des Unterhaltes geht auch auf die Erben des Mannes über, diese können jedoch die Herabminderung desselben bis zur Höhe des Reineinkommens der Verlassenschaft verlangen.

§ 93. Die Pflicht des Mannes zum Unterhalte hört auf, wenn die Frau eine neue Ehe schliesst.

§ 94. Die geschiedene schuldige Frau kann den Namen ihres Gatten nicht führen.

Die nichtschuldige Frau kann jedoch den Namen ihres Gatten auch nach Lösung der Ehe beibehalten, wenn sie diesen ihren Willen im Processe zum Ausdruck gebracht hat.

Der Richter ist verpflichtet, dieses Recht der Frau in dem die Lösung der Ehe aussprechenden Urtheile ersichtlich zu machen.

§ 95. Der Richter entscheidet in dem die Lösung der Ehe aussprechenden Urtheile auch hinsichtlich der Unterbringung und des Unterhaltes der gemeinsamen minderjährigen Kinder.

Wenn die Eltern es nicht anders vereinbart haben, bleiben die Kinder bis zu ihrem siebenten Lebensjahre bei der Mutter, über dieses Lebensalter hinaus aber werden sie

der Obsorge des nichtschuldigen Vaters oder der nichtschuldigen Mutter, wurden aber beide Eltern für schuldig erklärt, werden die Knaben der Obsorge des Vaters, die Mädchen der Obsorge der Mutter anvertraut.

Der Richter kann aber mit Berücksichtigung der Schuldbarkeit der Eltern und anderer persönlicher Umstände im offenbaren Interesse der Kinder auch abweichend von der Vereinbarung der Eltern und von den obigen Normen verfügen, ja er kann sogar die Kinder auch der Obsorge einer dritten Person anvertrauen.

Die Kosten des Unterhaltes und der Erziehung der gemeinsamen Kinder haben beide Eltern im Verhältnisse ihrer Einkünfte zu tragen, wenn das Einkommen aus dem Vermögen der Kinder hiezu nicht ausreicht.

Im Falle einer Gefahr kann sowohl das Gericht als auch die Vormundschaftsbehörde die Sicherstellung des für die Kinder festgesetzten Unterhaltes anordnen.

§ 96. Wenn der Richter die im Processe aufgeklärten Thatumstände nicht für genügend dazu erachtet, um hinsichtlich der Unterbringung und des Unterhaltes der Kinder zu entscheiden, steht er von einer diesbezüglichen Verfügung ab, und leitet nach Beendigung des Processes die Acten behufs Verfügung an die Vormundschaftsbehörde.

§ 97. Wenn der Richter in dem die Lösung der Ehe aussprechenden Urtheile hinsichtlich der Unterbringung und des Unterhaltes der Kinder entschieden hat, seine Entscheidung jedoch in Folge der geänderten Umstände den Interessen der Kinder nicht mehr entspricht, so kann die Vormundschaftsbehörde abweichend von der richterlichen Entscheidung verfügen.

§ 98. Der Richter ist verpflichtet, während der Dauer des Processes die Trennung von Tisch und Bett über Ansuchen eines der Ehegenossen anzuordnen.

§ 99. In den Fällen der §§ 76, 78 und 79 ordnet der Richter behufs Versuches der Versöhnung vor Lösung der

Ehe in der Regel die Trennung der Eheleute von Tisch und Bett an.

Von der Anordnung des getrennten Lebens kann nur dann Umgang genommen werden, wenn eine Aussöhnung der Ehegenossen überhaupt nicht angehofft werden kann.

In den Fällen des § 80 ist die Trennung von Tisch und Bett immer anzuordnen.

Die Trennung von Tisch und Bett kann nicht auf eine Zeit von weniger als sechs Monaten und länger als einem Jahre ausgesprochen und kann nicht wiederholt werden. Auf übereinstimmendes Verlangen der Parteien kann das getrennte Leben auch für längere Zeit ausgesprochen werden.

§ 100. Wenn die Ehegenossen während der Zeit ihrer Trennung von Tisch und Bett die eheliche Gemeinschaft wieder herstellen, oder wenn der Kläger und im Falle der Wiederklage der Geklagte innerhalb dreier Monate nach Ablauf der für die Trennung von Tisch und Bett anberaumten Frist die Lösung der Ehe nicht verlangen, so kann auf Basis des im Prozesse geltend gemachten Grundes die Lösung der Ehe nicht mehr verlangt werden.

Das zweite Alinea des § 83 ist entsprechend anzuwenden.

§ 101. Während der Zeit der Trennung von Tisch und Bett sind die Ehegenossen zum Zusammenleben nicht verpflichtet.

§ 102. Im Falle der Anordnung der Trennung von Tisch und Bett verfügt der Richter provisorisch bezüglich der Unterbringung der gemeinsamen minderjährigen Kinder und bezüglich des Unterhaltes derselben, wie auch der Frau, sowie auch bezüglich der Ausfolgung der nothwendigen Gegenstände zu Gunsten der Letzteren. Der Richter stellt den Unterhalt der Frau entsprechend den Vermögens- und Erwerbsverhältnissen der Ehegenossen fest, ja er kann sogar den Gatten von der Verpflichtung zum Unterhalte befreien.

§ 103. Der Vater oder die Mutter können mit dem Kinde, welches seiner (ihrer) Obsorge nicht anvertraut ist,

in der Regel verkehren und die Erziehung desselben controlliren.

Die Art des Verkehres stellt im Nothfalle die Vormundschaftsbehörde fest, welche den Verkehr im offenbaren Interesse des Kindes auch ausschliessen kann.

Sechster Abschnitt.

Trennung von Tisch und Bett.

§ 104. In jenem Falle, in welchem die Ehe nach dem gegenwärtigen Gesetze gelöst werden kann, kann der Ehegenosse in seiner Klage oder Widerklage statt der Lösung die Trennung von Tisch und Bett verlangen.

Insolange der Richter erster Instanz in dem Processe nicht geurtheilt hat, kann das auf die Trennung gerichtete Gesuch in eine Klage auf Lösung der Ehe umgeändert werden.

§ 105. Die §§ 75—87, 89—92, 95—98, 101—103 des gegenwärtigen Gesetzes sind auf die Trennung von Tisch und Bett entsprechend anzuwenden.

Hinsichtlich der vermögensrechtlichen Verhältnisse besitzt die Trennung von Tisch und Bett die Rechtswirksamkeit der Lösung der Ehe.

§ 106. Die von Tisch und Bett getrennten Ehegenossen können die eheliche Lebensgemeinschaft wann immer wieder herstellen.

Wenn die Ehegenossen die Wiederherstellung der Lebensgemeinschaft bei dem im Processe vorgehenden Gerichte angemeldet haben, hören von dem Zeitpunkte der Anmeldung anfangen die Rechtsfolgen der Trennung von Tisch und Bett auf.

§ 107. Wenn die Trennung von Tisch und Bett von dem Erwasen des Urtheiles in Rechtskraft gerechnet, zwei Jahre lang gedauert hat, so kann jeder der Ehegenossen

verlangen, dass der Richter das Urtheil betreffend die Trennung von Tisch und Bett in ein die Lösung der Ehe aussprechendes Urtheil umändere.

Siebenter Abschnitt.

Im Auslande geschlossene Ehen und Ehen der Ausländer.

§ 108. Die Giltigkeit der im Auslande geschlossenen Ehen muss hinsichtlich des Alters und der Handlungsfähigkeit bezüglich eines jeden der Ehegenossen ausschliesslich nach den Gesetzen seines Vaterlandes, in sonstiger Hinsicht aber nach den Gesetzen des Vaterlandes beider Parteien beurtheilt werden, ausgenommen, wenn diese Gesetze nicht die Anwendung eines anderen Gesetzes anordnen, oder das gegenwärtige Gesetz nicht anders verfügt.

1. Unter den im Auslande geschlossenen Ehen werden auch jene verstanden, welche im Auslande vor ausländischen Behörden geschlossen werden. Solche Ehen, welche von einem ungarischen Staatsbürger im Auslande vor dem diplomatischen Vertreter oder Consul der österr.-ungar. Monarchie geschlossen werden, sind als in Ungarn geschlossene Ehen zu betrachten (§ 31).

2. Hinsichtlich der formellen Erfordernisse ist die Giltigkeit der Ehe, welche vor ausländischen Behörden geschlossen worden sind, nach den zur Zeit und am Orte der Eheschliessung bestehenden Gesetzen zu beurtheilen (§ 113).

3. Croatien-Slavonien ist wie das Ausland, die dortigen Behörden, vor welchen Ehen geschlossen werden, als ausländische Behörden zu betrachten (§ 147).

§ 109. Wenn ein ungarischer Staatsbürger männlichen Geschlechtes mit einer ausländischen Person weiblichen Geschlechtes, sei es im Auslande, sei es in Ungarn, eine Ehe schliesst, ist die Giltigkeit der Ehe mit Ausnahme des Alters und der Handlungsfähigkeit der Frau nach dem ungarischen Gesetze zu beurtheilen.

1. Unter Ausland ist auch Croatien-Slavonien, unter ausländischer Person auch ungarische Staatsbürger croatisch-slavonischer Zuständigkeit,

unter Ungarn blos das Giltigkeitsgebiet dieses Ehegesetzes (Ungarn, Siebenbürgen, Fiume) zu verstehen (§§ 135, 147).

2. Das Matrikelgesetz (Ges.-Art. XXXIII, vom Jahre 1894) bestimmt: (§ 59)

Wenn ein ungarischer Staatsbürger im Auslande vor einer ausländischen Behörde eine Ehe schliessen will, so stellt darüber, dass die Ehe desselben nach den Gesetzen seines Vaterlandes keinem Hindernisse unterliegt, auf Grund des über das erfolgte Aufgebot ausgestellten Zeugnisses des Matrikelführers oder des die Dispensation von dem Aufgebote enthaltenden Beschlusses der Justizminister die Beurkundung aus.

§ 110. Den ungarischen Staatsbürger verpflichten, wenn er auch im Auslande eine Ehe schliesst, die §§ 14—27 und 124 des gegenwärtigen Gesetzes.

1. Diese Bestimmung gilt für solche Ehen, welche ein ungarischer Staatsbürger vor ausländischen Behörden schliesst. Die vor dem diplomatischen Vertreter (Consul) geschlossene Ehe wird als in Ungarn geschlossen betrachtet und ist demzufolge unbedingt nach dem gegenwärtigen Gesetze zu beurtheilen (§ 31).

§ 111. Im Falle in Ungarn geschlossener Ehen sind die §§ 11, 12 und 13 des gegenwärtigen Gesetzes auch auf die Ausländer anzuwenden.

Im Uebrigen sind die Bestimmungen der §§ 108 und 109 auch für die in Ungarn geschlossene Ehe des ausländischen Eheschliessenden massgebend.

1. Ueber die Feststellung der Staatsbürgerschaft verfügt § 20 der Instruction Z. 27243—1885 des Justizministers:

Vor Anordnung des Aufgebots muss der Matrikelführer, insofern in ihm diesbezüglich Zweifel auftauchen, prüfen, ob die Eheschliessenden ungarische Staatsbürger sind oder nicht. Bei einem ungarischen Staatsbürger muss er auch prüfen, ob dieser in Ungarn oder Croatien-Slavonien Gemeindegewalt besitzt.

Wer auf dem Gebiete Ungarns geboren wurde und hier wohnt, muss vom Gesichtspunkte der Eheschliessung als ein ungarische Gemeindegewalt besitzender ungarischer Staatsbürger betrachtet werden, insolange das Gegentheil nicht bewiesen wird.

Von einem Eheschliessenden, der auf dem Gebiete Croatien-Slavoniens geboren wurde oder dort wohnt, hat der Matrikelführer die Vorweisung eines Zeugnisses über die Gemeindegewalt zu verlangen.

Ein ausserhalb des Gebietes der Länder der ungarischen Krone geborener oder dort wohnender Eheschliessender muss seine Staatsbürgerschaft ausweisen.

Ein ausserhalb des Gebietes der Länder der ungarischen Krone geborener Eheschliessender, dessen Staatsbürgerschaft nicht festgestellt werden kann, ist vom Gesichtspunkte der Eheschliessung als Angehöriger jenes Staates zu betrachten, auf dessen Gebiet sein Wohnort sich befindet (§ 119 des Ehegesetzes).

In zweifelhaften Fällen hat der Matrikelführer von seiner Aufsichtsbehörde Weisungen zu verlangen.

Wenn aus der im gegenwärtigen Paragraph erwähnten Untersuchung hervorgeht, dass beide Eheschliessenden, oder einer von ihnen, in Croatien-Slavonien Gemeindezuständigkeit besitzen oder Ausländer sind, hat der Matrikelführer gemäss dem dritten Titel dieser Instruction vorzugehen.

2. Die in diesem dritten Titel derselben Verordnung enthaltenen Verfügungen sind folgende:

I. Abschnitt.

Von der Ehe eines in Croatien-Slavonien Gemeindezuständigkeit besitzenden ungarischen Staatsbürgers, ferner der in Ungarn geschlossenen Ehe eines Ausländers.

Wenn ein in Croatien-Slavonien Gemeindezuständigkeit besitzender ungarischer Staatsbürger, oder wenn ein Ausländer in Ungarn (§ 135 des Ehegesetzes) eine Ehe schliessen will, so muss er ein Zeugnis vorlegen, in welchem die competente croatisch-slavonische Behörde, beziehungsweise die competente Heimatsbehörde des ausländischen Eheschliessenden bestätigt, dass die zu schliessende Ehe nach dem besonderen Rechte Croatien-Slavoniens, beziehungsweise nach dem Heimatsgesetze des eheschliessenden Ausländers auf kein Hinderniss stösst.

Wenn der Eheschliessende, der in Croatien-Slavonien Gemeindezuständigkeit besitzt, oder der Ausländer ein solches Zeugnis nicht vorlegt, so muss das Aufgebot seiner Ehe, wie auch die Mitwirkung bei ihrer Schliessung, in Ungarn verweigert werden, ausgenommen, wenn der Justizminister den Eheschliessenden von der Vorlage des in Rede stehenden Zeugnisses dispensirt hat (§ 79).

Ungeachtet der Vorlage des im vorhergehenden Paragraph erwähnten Zeugnisses, muss das Aufgebot der Ehe, wie auch die Intervention bei ihrer Schliessung in Ungarn verweigert werden, wenn:

1. zwischen den Eheschliessenden eines der in den Punkten 1 bis 4 des § 11 des Ehegesetzes angeführten Hindernisse besteht, oder wenn

2. die frühere Ehe eines der Eheschliessenden nicht durch den Tod seines Ehegatten oder durch die rechtskräftige Auflösung aufgehört hat, beziehungsweise nicht rechtskräftig für ungiltig erklärt, oder der frühere Ehegatte durch ein rechtskräftiges Urtheil nicht für todt erklärt wurde, oder wenn

3. einer der Eheschliessenden im Einverständnisse mit dem anderen, seinem eigenen Ehegatten oder den Ehegatten des anderen Eheschliessenden nach dem Leben getrachtet hat (§ 80).

Wenn einer der Eheschliessenden ein in Ungarn Gemeindezuständigkeit besitzender ungarischer Staatsbürger ist, der andere Ehe-

schliessende aber in Croatien-Slavonien Gemeindezuständigkeit besitzt, oder ein Ausländer ist, so muss das Aufgebot der Ehe wie auch die Mitwirkung bei der Eheschliessung in Ungarn trotz Vorlage des im § 79 erwähnten Zeugnisses ausser in den im vorhergehenden Paragraph aufgezählten Fällen auch dann noch verweigert werden, wenn bezüglich des, ungarische Gemeindezuständigkeit besitzenden Eheschliessenden irgend eines der im § 7 dieser Instruction bezeichneten Erfordernisse fehlt.

Wenn die im § 7 dieser Instruction bezeichneten Erfordernisse vorhanden sind und der eheschliessende Mann ein in Ungarn Gemeindezuständigkeit besitzender ungarischer Staatsbürger ist, so kann die Ehe in Ungarn selbst dann aufgeboden und geschlossen werden, wenn nach dem Rechte der eheschliessenden Frau ein solches Hinderniss besteht, welches im § 7 dieser Instruction nicht erwähnt ist.

Auch in diesem Falle ist es jedoch unbedingt nothwendig, dass durch das im § 79 erwähnte Zeugnis so viel nachgewiesen werde, dass hinsichtlich des Alters und der Handlungsfähigkeit die Frau, insofern sie in Croatien-Slavonien Gemeindezuständigkeit besitzt, nach dem besonderen Rechte Croatien-Slavoniens, insofern sie jedoch Ausländerin ist, nach den Gesetzen ihrer Heimat den bezüglich der Eheschliessung bestehenden Normen entsprochen hat (§ 81).

Wenn ein minderjähriger Ausländer, der in Ungarn einen ordentlichen Wohnsitz hat, in Ungarn eine Ehe schliessen will, jedoch ohne eigenes Verschulden nicht im Stande war, sich die zur Eheschliessung nach den Gesetzen seiner Heimat nothwendige elterliche oder vormundschaftliche Einwilligung zu verschaffen, und ihm aus diesem Grunde im Sinne des § 112 des Ehegesetzes die nach seinem ungarländischen Wohnorte competente Vormundschaftsbehörde die Einwilligung erteilt hat, so kann die Ehe in Ungarn, wenn die übrigen Erfordernisse vorhanden sind, auf Grund dieser vormundschaftsbehördlichen Einwilligung aufgeboden und geschlossen werden, obwohl die competente ausländische Behörde in ihrem, dem § 79 dieser Instruction gemäss ausgestellten Zeugnis den Mangel der elterlichen oder vormundschaftlichen Einwilligung für ein Ehehinderniss erklärt hatte (§ 82).

Mit den in den §§ 79—82 enthaltenen Abweichungen sind die Verfügungen dieser Instruction auch auf jene Ehen anzuwenden, welche ein Eheschliessender in Ungarn schliesst, der in Croatien-Slavonien Gemeindezuständigkeit besitzt oder ein Ausländer ist.

In den Fällen der §§ 79—82 ist es zweckmässig, sich um Orientirung an die Aufsichtsbehörden zu wenden (§ 83).

II. Abschnitt.

Von der in Croatien-Slavonien oder im Auslande geschlossenen Ehe eines ungarischen Staatsbürgers.

Die vor dem diplomatischen Vertreter oder Consul der österreichisch-ungarischen Monarchie und deren Stellvertreter als vor den,

seitens der ungarischen Regierung diesbezüglich ermächtigten Civilbeamten geschlossene Ehe, welche nur dann stattfinden kann, wenn der eheschliessende Mann ungarischer Staatsbürger ist, muss so betrachtet werden, als wäre sie in Ungarn geschlossen worden.

Der diplomatische Vertreter oder Consul der österr.-ungar. Monarchie, beziehungsweise deren Stellvertreter ersuchen behufs Vollzuges des Aufgebots einer solchen Ehe den nach dem folgenden Paragraph zuständigen Matrikelführer, unmittelbar oder im Wege des königl. Ministers des Innern.

Der ersuchte Matrikelführer muss das Aufgebot vollziehen, und zwar wenn ein Fall des § 85, letzter Absatz, vorliegt, nach den dort enthaltenen Bestimmungen (§ 84).

Wenn ein in Ungarn Gemeindezuständigkeit besitzender ungarischer Staatsbürger in Croatien-Slavonien oder ausserhalb des Gebietes der ungarischen Krone vor der, nach den Gesetzen des Ortes der Eheschliessung competenten Behörde eine Ehe schliessen will, so muss diese Ehe auch in Ungarn aufgeboden werden.

Das Aufgebot kann in diesem Falle jeder ungarische Matrikelführer anordnen, der zum Vollzug des Aufgebotes competent ist.

Wenn der Eheschliessende, der ungarischer Staatsbürger ist, in Ungarn weder einen Wohn-, Aufenthalts- noch Geburtsort hat, die Gemeindezuständigkeit aber zweifelhaft ist und nur nach längerer behördlicher Verhandlung eruirt werden könnte, so ist zur Anordnung des Aufgebotes der Matrikelführer Budapest, innere Stadt, competent, und in diesem Falle ist das Aufgebot nur durch ein in das Amtsblatt »Budapesti Közlöny« einmal einzuschaltendes Aufgebot zu vollziehen (§ 85).

Hinsichtlich der Anordnung, beziehungsweise des Vollzuges des Aufgebotes der unter die §§ 84 und 85 dieser Instruction fallenden Ehen gehen die ungarischen Matrikelführer und Gemeindevorstehungen mit den in den §§ 84 und 85 dieser Instruction enthaltenen Abweichungen im Sinne der gegenwärtigen Instruction vor.

Von dem Vollzuge und Ergebnisse des Aufgebotes verständigt der Matrikelführer im Falle des § 84 die ersuchende Behörde, im Falle des § 85 aber den Ersuchenden. (§ 68.)

Die unter den § 84 der gegenwärtigen Instruction fallende Ehe muss in Ungarn in eine vaterländische Matrikel nicht eingetragen werden. (§ 87.)

Die Ehe eines ungarischen Staatsbürgers, welche dieser nicht vor dem diplomatischen Vertreter, Consul der österr.-ungar. Monarchie oder dessen Stellvertreter geschlossen hat, muss auch in die vaterländische Matrikel eingetragen werden.

Zur Eintragung ist jener Matrikelführer competent, in dessen Bezirk der Gatte wohnt, oder in Ermanglung eines Wohnortes Gemeindezuständigkeit besitzt.

Die Eintragung erfolgt entweder auf Grund des durch die interessirten Parteien vorgewiesenen ausländischen Matrikelauszuges, oder

auf Grund des im Sinne der bestehenden internationalen Verträge von Amtswegen übersendeten ausländischen Matrikelauszuges.

Auf Grund solcher von Amtswegen mitgetheilter ausländischer Auszüge, welche bezüglich der Gemeindezuständigkeit der in denselben berührten Personen einen Anhaltspunkt nicht bieten, erfolgen die Eintragungen in Budapest, Innere Stadt.

Der ungarländische Matrikelführer bringt auf Grund des ausländischen Matrikelauszuges die Eintragung am Rande des Matrikelblattes an und durchstreicht den gedruckten Text, und zwar, wenn nothwendig, mit Benützung mehrerer Matrikelblätter derart, dass auch für nachträgliche Eintragungen Raum bleibt. (§ 88.)

3. Der im § 81 der hier citirten Instruction erwähnte § 7 lautet folgendermassen:

Der Matrikelführer kann das Aufgebot nur dann anordnen, wenn vor ihm die gesetzlich vorgeschriebenen Erfordernisse der Ehe nachgewiesen werden.

Der Matrikelführer muss die Anordnung des Aufgebots verweigern:

1. Wenn einer der Eheschliessenden das 12. Jahr noch nicht vollendet hat (§§ 6, 127 des Ehegesetzes);

2. wenn der eheschliessende Mann das 19., oder die eheschliessende Frau das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ausgenommen, wenn der Justizminister von diesem Hinderniss Dispensation ertheilt hat (§ 7 des Ehegesetzes);

3. wenn für die eheschliessende Partei, welche ihr 24. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, oder dessen Minderjährigkeit verlängert wurde, die Einwilligung oder Genehmigung des gesetzlichen Vertreters, der Eltern, beziehungsweise der Vormundschaftsbehörde nicht nachgewiesen ist (§§ 8, 16 des Ehegesetzes);

4. wenn einer der Eheschliessenden in Folge von Geisteskrankheit oder aus einer anderen Ursache des Gebrauchs seiner Vernunft beraubt ist, so lange dieser Zustand dauert (§§ 6, 127 des Ehegesetzes), oder wenn gegen einen der Eheschliessenden wegen Geisteskrankheit oder deshalb, weil er sich als Taubstummer auch durch Zeichen nicht verständlich machen kann, behördliche Verfügungen getroffen wurden, oder im Zuge sind (§§ 6, 14, 127 des Ehegesetzes);

5. wenn einer der Eheschliessenden deshalb, weil er schwachsinzig, oder ein solcher Taubstummer ist, der sich durch Zeichen verständlich machen kann, unter Curatel steht und die Einwilligung des Curators, oder Mangels eines solchen die Einwilligung der Vormundschaftsbehörde nicht nachgewiesen ist (§ 15 des Ehegesetzes);

6. wenn die Ehe zwischen den Eheschliessenden durch Verwandtschaft gehindert wird (§§ 11, 17 des Ehegesetzes);

7. wenn die Ehe zwischen den Eheschliessenden durch ein Adoptionsverhältniss gehindert wird (§§ 18, 131 des Ehegesetzes);

8. wenn einer der Eheschliessenden der Vormund, oder dessen

legitimer oder illegitimer Descendent, der andere Eheschliessende aber der Mündel ist, ausgenommen, wenn das Vormundschaftsverhältniss aufgehört hat (§ 19 des Ehegesetzes);

9. wenn einer der Eheschliessenden schon früher — wenngleich die Ehe nichtig war — verhehlicht war oder das Aufhören oder die Ungiltigkeitserklärung der früheren Ehe, oder die Todeserklärung des früheren Ehegatten nicht nachgewiesen ist (§§ 12, 21 des Ehegesetzes);

10. wenn der Matrikelführer erfährt:

a) dass der eine Eheschliessende im Einverständnisse mit dem anderen dem Leben seines eigenen Ehegatten oder dem Leben des Ehegatten des anderen Eheschliessenden nachgestellt hat (§ 13 des Ehegesetzes);

b) dass der eine Eheschliessende wegen eines gegen den früheren Ehegatten des anderen Eheschliessenden begangenen Mordes oder vorsätzlicher Tödtung, oder wegen deren Versuches als Thäter oder Theilnehmer verurtheilt wurde, wenn auch das Urtheil noch nicht rechtskräftig ist, ausgenommen, wenn der König von diesem Hinderniss dispensirt hat (§ 23 des Ehegesetzes);

11. wenn das Scheidungsurtheil den Eheschliessenden wegen Ehebruchs die Ehe untereinander untersagt hat, ausgenommen, wenn der König von diesem Hinderniss dispensirt hat (§ 20 des Ehegesetzes);

12. wenn seit dem Todestag des Gatten der eheschliessenden Frau oder seit dem Datum des rechtskräftigen Urtheils, mit welchem ihre frühere Ehe gelöst oder für ungiltig erklärt wurde, noch keine 10 Monate vergangen sind (§ 24 des Ehegesetzes);

13. wenn einer der Eheschliessenden nach den Normen jener Kirche, welcher er angehört, in Folge eines geistlichen Ordens oder Gelübdes keine Ehe schliessen kann, ausgenommen, wenn die Bewilligung der kirchlichen Obrigkeit nachgewiesen wird (§ 25 des Ehegesetzes);

14. wenn der eheschliessende Mann den im Sinne des Wehrgesetzes nothwendigen Eheconsens und insofern dieser an eine Cautionsleistung geknüpft ist, die über deren Erlag lautende Urkunde nicht vorweist (§ 25 des Ehegesetzes);

15. wenn der Matrikelführer sich davon überzeugt, dass einer der Eheschliessenden in Croatien—Slavonien Zuständigkeit besitzt oder ein Ausländer ist und die im III. Titel enthaltenen Erfordernisse nicht nachgewiesen sind (Cap. VII des Ehegesetzes, ferner §§ 135 und 147 desselben).

§ 112. Für einen in Ungarn einen ordentlichen Wohnsitz besitzenden minderjährigen Ausländer, der die nach den Gesetzen seines Vaterlandes zur Eheschliessung nothwendige elterliche oder vormundschaftliche Einwilligung ohne eigenes Verschulden nicht zu beschaffen im Stande ist, bestellt die nach dem Wohnorte competente ungarländische Vormund-

schaftsbehörde einen Curator und kann die Vormundschaftsbehörde nach Anhörung des Letzteren die Einwilligung zur Eheschliessung ertheilen.

1. Dieser Paragraph macht eine Ausnahme von der allgemeinen Regel, dass nämlich Handlungsfähigkeit, Alter, elterliche oder vormundschaftliche Einwilligung nach den Gesetzen des Staates zu beurtheilen sind, dem die Partei angehört. (§ 108, 109.)

§ 113. Die Giltigkeit der Ehe ist hinsichtlich der formellen Erfordernisse nach den zur Zeit und am Orte der Eheschliessung bestehenden Gesetzen zu beurtheilen (drittes Alinea § 31).

Die im Auslande zu schliessende Ehe des ungarischen Staatsbürgers muss auch in Ungarn aufgeboten werden (§ 27).

Wenn ein Ausländer in Ungarn eine Ehe schliessen will, sind bezüglich des Aufgebotes die Normen des ungarischen Gesetzes anzuwenden. Der Ausländer hat auch nachzuweisen, dass seine Ehe nach den Gesetzen seines Vaterlandes (§ 108, zweites Alinea § 111) keinem Hindernisse unterliegt.

Der Justizminister kann von dem diessfälligen Nachweise Dispensation ertheilen.

1. Das erste Alinea gilt für Ehen, die von ungarischen Staatsbürgern vor ausländischen Behörden geschlossen werden. Die Giltigkeit der Ehe, welche vor einem diplomatischen Vertreter (Consul) Oesterreich-Ungarn geschlossen wurde, ist auch hinsichtlich der formellen Erfordernisse nach diesem Gesetze zu beurtheilen.

2. Die Normen betreffs des Aufgebotes enthält das Gesetz über die staatlichen Matriken (Ges.-Art. XXXIII vom Jahre 1894) siehe Anmerkungen zum § 28. — Ueber das Aufgebot von Ausländern bestimmt dasselbe Gesetz folgendermassen:

Das Aufgebot einer durch einen Ausländer in Ungarn zu schliessenden Ehe kann nur dann angeordnet werden, wenn mittelst eines Zeugnisses der ausländischen competenten Behörde nachgewiesen ist, dass die Ehe des Ausländers nach den Gesetzen seines Vaterlandes keinem Anstande unterliegt, oder wenn der Justizminister von dem diessfälligen Nachweise Dispensation ertheilt hat (§ 51).

Wenn der Ort des Aufgebotes ausserhalb des Geltungsgebietes des gegenwärtigen Gesetzes gelegen ist, ist das Aufgebot auf Kosten des Ansuchenden in einer am Orte des Aufgebotes oder in dessen Nähe erscheinenden Zeitung zur veröffentlichen (§ 53),

Wenn das Aufgebot im Wege der Zeitung veröffentlicht wurde

ist der vierzehnte Tag nach der Veröffentlichung als letzter Tag des Aufgebotes zu betrachten (§ 55).

3. Ueber die Art und Weise dieser Veröffentlichung bestimmt die Instruction Z. 27243/95 des Justizministers Folgendes (§ 43:

Wenn einer der Orte, in welchen das Aufgebot zu vollziehen ist, in Croatien-Slavonien oder ausserhalb des Gebietes der Länder der ungarischen Krone liegt, so muss das Aufgebot in einer in diesem Orte oder in dessen Nähe erscheinenden Zeitung einmal eingeschaltet werden.

Die Zeitung, in welcher die Veröffentlichung zu erfolgen hat, bezeichnet der Matrikelführer. Zur Veröffentlichung ist eine Zeitung zu wählen, welche das Bekanntwerden des Aufgebotes thunlichst sichert.

Das Aufgebot muss jedenfalls in ungarischer Sprache und — insofern die betreffende Zeitung nicht in ungarischer Sprache erscheint — auch in einer der Sprache der Zeitung entsprechenden Uebersetzung veröffentlicht werden.

Wenn der Ort, wo das Aufgebot durch Veröffentlichung in der Zeitung vollzogen werden muss, ausserhalb Europas liegt, oder die Veröffentlichung des Aufgebotes in der Zeitung sonst auf Schwierigkeiten stösst, muss der Matrikelführer die Eheschliessenden auf ihr Recht aufmerksam machen, dass sie auch von dieser Weise des Aufgebotes um Dispensation ansuchen können.

Für die Veröffentlichung des Aufgebotes in der Zeitung sorgt der Matrikelführer, wenn dies die Partei nicht übernimmt. In letzterem Falle ist ein Exemplar des Aufgebotes behufs Veranlassung der Veröffentlichung und der etwa nothwendigen Uebersetzung dem Ansuchen zu übergeben. Die Kosten der Veröffentlichung und der Uebersetzung belasten in jedem Falle die Partei.

Das die Veröffentlichung enthaltende Zeitungsexemplar muss dem Protokoll über die Aufgebotsverhandlung beigegeben werden.

§ 114. In dem Eheprocesse eines ungarischen Staatsbürgers ist nur das Urtheil des ungarischen Gerichtes wirksam.

1. Das Gesetz über die staatlichen Matriken (Ges. Art. XXXIII vom Jahre 1895) bestimmt im § 67 in ähnlichem Sinne:

Auf Grund eines von einem ausländischen Gerichte in der Eheangelegenheit eines ungarischen Staatsbürgers erbrachten Urtheiles kann eine Eintragung in die Matrikel nicht erfolgen.

2. Unter ungarischer Staatsbürger ist in diesem Gesetze nur der ungarische Staatsangehörige ungarischer Zuständigkeit, nicht aber ungarische Staatsangehörige kroatisch-slavonischer Zuständigkeit, unter ungarisches Gericht blos die im engern Ungarn (Siebenbürgen, Fiume) befindlichen, nicht aber auch die croatisch-slavonischen Gerichte zu verstehen.

§ 115. Auf Grund solcher vor Erlangung der ungarischen Staatsbürgerschaft zustande gekommenen Thatsachen, welche

nach dem früheren Rechte der Ehegenossen einen Grund zur Lösung der Ehe oder zur Trennung von Tisch und Bett bilden, kann das ungarländische Gericht die Ehe des die ungarische Staatsbürgerschaft erlangten Ehegenossen auflösen, wenn diese Thatsachen auch nach dem gegenwärtigen Gesetze als Grund zur Lösung der Ehe dienen.

Wenn das ausländische Gericht die Trennung von Tisch und Bett vor Erlangung der ungarischen Staatsbürgerschaft ausgesprochen hat, kann das ungarländische Gericht die Ehe auflösen, wenn die Ehe wegen einer solchen Thatsache erfolgt ist, auf Grund dessen die Ehe auch nach dem gegenwärtigen Gesetze aufgelöst werden kann.

1. Gilt auch für den Fall, wenn ein ungarischer Staatsbürger ungarischer Zuständigkeit die croatisch-slavonische Zuständigkeit erworben hat oder umgekehrt.

2. Unter ausländisches Gericht wird hier auch ein croatisch-slavonisches Gericht verstanden (§ 147).

§ 116. In den Eheprocessen von Ausländern können die ungarländischen Gerichte nur dann vorgehen, wenn das Urtheil in jenem Staate, deren Bürger die Ehegenossen sind, Geltung hat.

1. Diese Bestimmung gilt nur für solche Eheprocesse, in welchen beide Parteien Ausländer sind.

§ 117. Die Person weiblichen Geschlechtes, welche in der, ihrer auf dem Gebiete Ungarns mit einem Ausländer geschlossenen Ehe unmittelbar vorangegangenen Zeit ungarische Staatsbürgerin war, kann gegen ihren Gatten vor dem ungarländischen Gerichte einen Ungiltigkeitsprocess anstrengen, wenn sie ihrem Manne nach Schliessung der Ehe in's Ausland nicht gefolgt ist.

Wenn der Gatte ungarischer Staatsbürger ist und nach Verübung einer als Grund der Lösung der Ehe dienenden Handlung Bürger eines anderen Staates geworden, seine Frau ihm aber nicht in's Ausland gefolgt ist, kann seine Frau gegen ihn behufs Auflösung der Ehe auch vor dem ungarländischen Gerichte einen Process anhängig machen.

1. Laut dem Gesetzartikel L vom Jahre 1879 über die ungarische

Staatsbürgerschaft wird die ungarische Staatsbürgerin, wenn sie einen Ausländer heiratet, Angehörige des Staates, dem ihr Mann angehört (§ 34). — Die Ausländerin, welche einen ungarischen Staatsbürger heiratet, erwirbt dadurch die ungarische Staatsbürgerschaft (§ 5) und behält letztere, auch wenn sie Witwe wird, wenn sie gerichtlich geschieden wird oder wenn ihre Ehe aufgelöst wird (§ 35). — Die ungarische Frau eines Ausländers wird wieder ungarische Staatsbürgerin, wenn ihre Ehe von dem competenten Gerichte als ungiltig erklärt wird (§ 37).

§ 118. In dem Falle, wenn ausländische Ehegenossen sich in Ungarn aufhalten, können die ungarländischen Gerichte die den §§ 98, 101—103 entsprechenden Verfügungen auch dann treffen, wenn der Eheprocess zu ihrer Jurisdiction nicht gehört.

1. Unter Ausländern sind auch ungarische Staatsangehörige croatisch-slavonischer Zuständigkeit zu verstehen (§ 147).

§ 119. Bezüglich der Ehe jenes Ausländers, dessen Staatsbürgerschaft nicht festgestellt werden kann, sind in allen Fällen, in welchen gemäss des gegenwärtigen Gesetzes die Gesetze des Vaterlandes des Ausländers massgebend wären, die Gesetze seines Wohnortes anzuwenden.

1. Also in Fällen, in welchen es sich um die Handlungsfähigkeit und das Alter des Betreffenden handelt (§ 108, 109).

§ 120. Die auf die ehelichen Rechtsverhältnisse bezüglichen Verfügungen der Staatsverträge sind auch dann massgebend, wenn dieselben von den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes abweichen.

VIII. Abschnitt.

Strafbestimmungen.

§ 121. Die Verfügungen der §§ 252, 253, 256 und 257 des Strafgesetzes über Verbrechen und Vergehen sind mit der Aenderung, dass ausser dem Freiheitsverluste auch die Strafe des Verlustes des innegehabten Amtes festzustellen ist, von dem Tage des Inslebentretens des gegen-

wärtigen Gesetzes angefangen, auch auf den bei der Eheschliessung intervenirenden Civilbeamten anzuwenden.

Unter der in den §§ 255, 256 und 257 des Strafgesetzes über Verbrechen und Vergehen erwähnten lösbaren oder nichtigen Ehe ist die gemäss des gegenwärtigen Gesetzes anfechtbare oder nichtige Ehe, unter dem in den citirten §§ erwähnten Hindernisse aber die im gegenwärtigen Gesetze festgestellten Ungiltigkeitsursachen zu verstehen.

1. § 252 des Strafgesetzes (Gesetzartikel V vom Jahre 1878) bestraft den Geistlichen, der wissentlich bei Bigamie mitwirkt, mit Kerker bis zu 5 Jahren; § 253 im Falle von culpa mit Gefängniss bis zu 1 Jahr.

§ 255 bestraft die eheschliessende Partei, im Falle sie dolose eine ungiltige Ehe eingeht, mit Kerker bis zu 2 Jahren; § 256 den Geistlichen, welcher bei einer ungiltigen Eheschliessung mitwirkt (Bigamie ausgenommen), wenn dolose, mit Kerker bis zu 3 Jahren, wenn culpose, mit Gefängniss bis zu 6 Monaten.

§ 122. Der Civilbeamte, welcher weiss, dass irgend ein in den §§ 14—25 und 27 des gegenwärtigen Gesetzes enthaltenes Hinderniss obwaltet, oder dass er zur Mitwirkung bei der Eheschliessung nicht berechtigt ist, und bei der Eheschliessung mitwirkt, begeht ein Vergehen und ist, insoferne seine Handlung keine schwerer zu bestrafende Handlung bildet, mit Gefängniss bis zu sechs Monaten und mit Amtsverlust zu bestrafen.

Der Civilbeamte, der die im vorhergehenden Punkte erwähnte Handlung aus Fahrlässigkeit begeht, ist, insoferne seine Handlung keine schwerer zu bestrafende Handlung bildet, wegen Vergehens mit einer Geldbuse bis zu tausend Kronen zu bestrafen; im Wiederholungsfalle ist auch Amtsverlust auszusprechen.

§ 123. Der Seelsorger oder die zur Vornahme einer religiösen Ceremonie berechnigte andere Person, welche bei einer kirchlichen Trauung fungirt, bevor die Parteien nachgewiesen hätten, dass sie die Ehe vor dem Civilbeamten geschlossen haben, begeht ein Vergehen und ist mit einer Geldbusse bis zu tausend Kronen zu bestrafen; im Wieder-

holungsfalle ist die Handlung mit Gefängniss bis zu zwei Monaten und mit einer Geldbusse bis zu tausend Kronen zu bestrafen.

Wenn es sich herausstellt, dass die Ehe vorher vor dem Civilbeamten geschlossen wurde, ist die Handlung als Uebertretung mit einer Geldbusse bis zu dreihundert Kronen zu bestrafen.

Die Handlung ist nicht strafbar, wenn die kirchliche Trauung während einer mit dem nahen Tode drohenden Krankheit der einen Partei erfolgte.

§ 124. Wer entgegen einem im gegenwärtigen Gesetze festgestellten Hindernisse oder Ungiltigkeitsgrunde wissentlich eine Ehe schliesst, begeht, inwieferne seine Handlung keine schwerer zu bestrafende Handlung bildet, ein Vergehen, und ist mit Gefängniss bis zu drei Monaten und einer Geldbusse bis 1006 Kronen zu bestrafen.

1. Diese Strafe trifft auch jenen ungarischen Staatsangehörigen, welcher eine Ehe im Auslande, sei es vor einer ausländischen Behörde, sei es vor dem diplomatischen Vertreter (Consul) schliesst (§ 110).

§ 125. Die auf das Eingehen einer Ehe ohne Consens bezüglichen Strafbestimmungen des Gesetzes über die Wehrkraft bleiben unberührt.

1. Die Strafbestimmungen des Gesetzes über die Wehrkraft (Ges.-Art. VI vom Jahre 1889) treffen auch solche ungarische Staatsbürger, welche das Vergehen im Auslande begangen haben; dieselben Bestimmungen gelten sogar für österreichische Staatsbürger, die das Vergehen in Ungarn begangen haben. In dieser Beziehung besteht die Reciprocität mit Oesterreich (§ 69 des Wehrgesetzes).

2. Diese Vergehen können naturgemäss von fremden Staatsbürgern (Oesterreicher ausgenommen) nicht begangen werden.

§ 126. In den Fällen der in den obigen Paragraphen bestimmten Vergehen gehört das Verfahren zum Wirkungskreise der königl. Gerichtshöfe, in Uebertretungsfällen aber zu dem der königl. Bezirksgerichte.

1. Die Beschränkung der Handlungsfähigkeit wird bei Ausländern nach den Gesetzen dieses Staates beurtheilt (§ 108).

Neunter Abschnitt.

Gemischte Bestimmungen.

§ 127. In der Anwendung des gegenwärtigen Gesetzes sind unter handlungsunfähigen Personen zu verstehen:

- a) die im Alter unter 12 Jahren Stehenden;
- b) Jene, welche wegen Geisteskrankheit oder aus einem anderen Grunde des Gebrauches ihrer Vernunft beraubt sind, so lange dieser Zustand anhält;
- c) Jene, welche auf Grund des Punktes a) § 28 des Ges.-Artikels XX : 1877 unter Curatel stehen;
- d) Jene, deren Stellung unter Curatel gemäss des § 1 Ges.-Art. VI : 1885 vorläufig angeordnet worden ist;
- e) Diejenigen, deren Minderjährigkeit aus den mit dem Punkte a) des § 28 Ges.-Art. XX : 1877 übereinstimmenden Gründen verlängert worden ist.

1. Die Handlungsunfähigkeit des Ausländers ist nach den Gesetzen seines Staates zu beurtheilen (§ 108).

2. Bezüglich Stadt und Bezirk Fiume gilt: Unter den in den Punkten c), d) und e) des § 127 des Ges.-Art. XXXI : 1894 aufgezählten Handlungsunfähigen sind Jene zu verstehen, bezüglich welcher nach der in Stadt und Bezirk Fiume bestehenden gesetzlichen Gepflogenheit wegen Geisteskrankheit oder aus dem Grunde, weil sie solche Taubstumme sind, die sich durch Zeichen nicht verständlich machen können, die Fortdauer der väterlichen Gewalt, beziehungsweise der Vormundschaft angeordnet wurde, oder welche aus einem dieser Gründe unter Curatel gestellt wurden. (Verordnung des Min.-Präs. Z. 2012/95, II. 3.)

§ 128. Unter den im Sinne des gegenwärtigen Gesetzes beschränkten Handlungsfähigen sind zu verstehen:

- a) Jene Minderjährigen, welche im Sinne des vorhergehenden Paragraphen nicht handlungsunfähig sind;
- b) Diejenigen, deren Minderjährigkeit aus den mit dem Punkte b) des § 28 Ges.-Art. XX : 1877 übereinstimmenden Gründen, verlängert worden ist;
- c) jene Volljährigen, welche auf Grund des Punktes b) § 28 des Ges.-Art. XX : 1877 unter Curatel stehen.

1. Für Stadt und Bezirk Fiume gilt: Unter den in den Punkten b) und c) des § 128 des Ges.-Art. XXXI : 1894 aufgezählten Personen

beschränkter Handlungsfähigkeit sind jene Schwachsinnigen oder solche Taubstumme zu verstehen, die sich durch Zeichen verständlich machen können, und wegen des einen oder des anderen dieser Gebrechen zur Verwaltung ihres Vermögens unfähig sind und bezüglich welcher deshab auf Grund der in Stadt und Bezirk Fiume bestehenden gesetzlichen Gepflogenheit die Fortdauer der väterlichen Gewalt, beziehungsweise der Vormundschaft angeordnet wurde, oder welche aus einem dieser Gründe unter Curatel gestellt wurden. (Verordnung des Min.-Präs. Z. 2022/95, II. 4.)

§ 129. Jene Frau, welche entgegen dem § 8 eine Ehe geschlossen hat, fällt in der Anwendung der auf die Anfechtung der Ehe bezughabenden Normen unter eine gleiche Behandlung wie die Minderjährigen insoweit, bis sie das vierundzwanzigste Lebensjahr nicht vollendet hat.

Als gesetzlicher Vertreter ist auch in einem derartigen Falle Derjenige zu betrachten, der zur Zeit der Eheschliessung ihr gesetzlicher Vertreter war. Dasselbe ist bezüglich der Vormundschaftsbehörde der Fall.

§ 130. Die auf den § 5 Ges.-Art. XX: 1877 basirende Volljährigkeit, sowie die Verlängerung der Minderjährigkeit aus dem mit den Punkten *a)* und *b)* des § 28 Ges.-Art. XX: 1877 nicht übereinstimmenden Grunde kommt bei der Anwendung des gegenwärtigen Gesetzes nicht in Betracht.

1. § 5 des Gesetzartikels XX vom Jahre 1877 Ueber Vormundschaft besagt: Minderjährige können nach Ablauf ihres 18. Lebensjahres mit der von der Vormundschaftsbehörde gutgeheissenen Einwilligung des Vaters resp. des Vormundes selbstständig ein Gewerbe betreiben und werden hiedurch volljährig.

Punkt *a)* und *b)* des § 28 desselben Gesetzes erwähnen: *a)* Irrsinnige, Taubstumme, die sich mit Zeichen nicht verständlich machen können; *b)* Blöde und solche Taubstumme, welche sich mit Zeichen verständlich machen können, wenn die Erwähnten zur Verwaltung ihres Vermögens unfähig sind.

2. Für Fiume gilt laut Verordnung Z. 2022—1895 des Ministerpräsidenten:

Jene Volljährigkeit, welche die Minderjährigen nach Vollendung ihres 18. Lebensjahres dadurch erwerben, dass sie mit der durch die Vormundschaftsbehörde genehmigten Einwilligung ihres Vaters, beziehungsweise ihres Vormundes selbstständig ein Gewerbe betreiben können, wie auch jene Anordnung der Fortdauer der väterlichen Gewalt oder der Vormundschaft, welche nicht aus einem der in den obigen

Punkten 3 und 4 der gegenwärtigen Verordnung erwähnten Gründe erfolgt ist, kommt bei der Anwendung des Gesetzes über das Ehe-recht nicht in Betracht; in Betreff der Verlängerung der Minder-jährigkeit gelten die in Fiume bestehenden Vorschriften. (II, 5, 8.)

3. Bei Ausländern gelten in jedem Falle die Gesetze des Staates, dem sie angehören (§ 108).

§ 131. Eine Adoption, bei welcher der leibliche Vater die väterliche Gewalt oder die leibliche Mutter die Vormundschaft sich vorbehalten hat, wird bei Anwendung des gegenwärtigen Gesetzes nicht in Betracht gezogen.

§ 132. Die Bestimmung des § 522 Ges.-Art. LIV: 1868, wonach der Ehegenosse die Todeserklärung behufs Auflösung der Ehe verlangen kann, wird ausser Kraft gesetzt.

Das Verfahren bezüglich der Todeserklärung gehört, ob der gemäss Punkt b) § 522 des citirten Gesetzes Berechtigte oder der Ehegenosse um die Einleitung desselben ansucht, in den Wirkungskreis des im Erbschaftsprozesse competenten Gerichtshofes oder jenes Gerichtshofes, auf dessen Gebiete der Amtssitz des im Erbschaftsprozesse competenten Bezirksgerichtes gelegen ist. Ein Vertheidiger der Ehe ist selbst dann nicht zu bestellen, wenn der Ehegenosse um die Todeserklärung ansucht.

In Anwendung des gegenwärtigen Gesetzes ist ein über Ansuchen des gemäss Punkt b) des § 522 Ges.-Art. LIV: 1868 Berechtigten erbrachtes Todesklärungs-Urtheil von gleicher Wirksamkeit als ein über Ansuchen des Ehegenossen erbrachtes Todesklärungs-Urtheil.

1. Nach § 522 des Gesetzartikels LIV vom Jahre 1868 konnten die Todeserklärung verlangen: a) der Ehegenosse wegen Auflösung der Ehe, b) der gesetzliche Erbe oder in Ermangelung eines solchen der Fiskus wegen Erlangung der Erbschaft.

2. Für Fiume gelten laut Verordnung Z. 2022—1895 des Ministerpräsidenten die dort bestehenden gesetzlichen Gepflogenheiten, jedoch kann zum Zwecke der Auflösung der Ehe eine besondere Todeserklärung nicht verlangt werden.

§ 133. Zum Vortheile jener im guten Glauben handelnden dritten Personen, welche sich mit in ungiltiger Ehe lebenden Ehegenossen bis zur Ungiltigkeitserklärung der Ehe in Rechts-

geschäfte eingelassen haben, besitzt die ungiltige Ehe die Rechtswirksamkeit der giltigen Ehe.

§ 134. Im Falle der Auflösung der Ehe sind hinsichtlich der vermögensrechtlichen Verhältnisse der Ehegenossen, inwiefern das gegenwärtige Gesetz nicht anders verfügt, die in Giltigkeit befindlichen Rechtsnormen anzuwenden.

§ 135. Bei Anwendung des gegenwärtigen Gesetzes sind unter Ungarn das Giltigkeitsgebiet dieses Gesetzes, unter ungarländisches Gericht aber jene Gerichte zu verstehen, welche auf dem Giltigkeitsgebiete des gegenwärtigen Gesetzes richterliche Functionen ausüben.

1. Siehe Vorbemerkung an Seite 1.

2. Ungarn als staatsrechtlicher Begriff umfasst alle Länder der ungarischen Krone (Ungarn, Siebenbürgen, Croatien, Slavonien, Fiume); in Folge der Autonomie Croatien-Slavoniens auf dem Gebiete des Privatrechtes (mit Ausnahme des Urheberrechtes) kann in Betreff des Eherechtes, welches sich auf Croatien-Slavonien nicht erstreckt, unter Ungarn blos das geographische Ungarn, Siebenbürgen, Bezirk und Stadt Fiume verstanden werden. Die croatischen Gerichte sind in diesem Sinne als ausländische Gerichte zu betrachten.

X. Abschnitt.

Schlussbestimmungen.

§ 136. Die Jurisdiction in Eheangelegenheiten gehört in den Wirkungskreis der königl. Gerichte.

1. Das Verfahren der ungarischen Gerichte in Ehesachen beruht auf dem Gesetzartikel LIV vom Jahre 1868 und auf einer speciellen, gesetzlich nicht geregelten Gerichtspraxis.

2. Für Fiume bestimmt die Verordnung Z. 2022—1895 des kön. ung. Ministeriums (III): Der königl. Gerichtshof in Fiume wendet in Eheangelegenheiten das dreissigste Hauptstück (§ 650—683) der mit der Justizministerial-Verordnung vom 16. September 1894 herausgegebenen provisorischen Civil-Processordnung an, natürlich unter fortwährender Rücksichtnahme auf den Gesetzartikel XXXI: 1894 an.

§ 137. Die im Zuge befindlichen Ehe- und Verlobungsprocesse sind den königl. Gerichten zu übergeben.

Die Gerichte gehen in diesen Processen gemäss des ersten Alinea des § 138 und den Normen der §§ 139 und § 143 vor.

§ 138. Die Giltigkeit der vor dem Inslebentreten des gegenwärtigen Gesetzes geschlossenen Ehen ist nach den früheren Rechtsnormen zu beurtheilen.

Derartige Ehen können jedoch auf Grund eines Ungiltigkeitgrundes, welchen das gegenwärtige Gesetz als solchen nicht anerkennt, nach dem Inslebentreten des gegenwärtigen Gesetzes nur dann angefochten werden, wenn nach den früheren Rechtsnormen eine Dispensation nicht statthaft war.

§ 139. Vor dem Inslebentreten des gegenwärtigen Gesetzes geschlossene Ehen können auch auf Grund von, unter der Herrschaft der früheren Rechtsnormen zustande gekommenen Thatsachen aufgelöst werden, wenn diese Thatsachen gemäss des gegenwärtigen Gesetzes einen lösenden Grund bilden, gemäss der früheren Rechtsnormen aber auf Grund derselben mindestens bezüglich des einen Ehegenossen die Auflösung der Ehe oder die Trennung von Tisch und Bett am Platze war.

In solchen Fällen kann der Geklagte entsprechend dem § 85 die Schuldigerklärung des Klägers verlangen, wenn er gegen denselben eine solche Thatsache nachweist, welche nach den früheren Rechtsnormen als Lösungsgrund diente, obwohl das gegenwärtige Gesetz diesen als solchen auch nicht anerkennt.

§ 140. Wenn in dem auf Grund der früheren Rechtsnormen erbrachten Urtheile die Fähigkeit eines der geschiedenen Ehegenossen eine Ehe zu schliessen, beschränkt wurde, so hat diese Beschränkung nur in dem in § 20 des gegenwärtigen Gesetzes bestimmten Falle und unter den dort festgesetzten Grenzen Geltung.

§ 141. Wenn nach den früheren Rechtsnormen die Ehegenossen auf Grund solcher Thatsachen, welche gemäss des

gegenwärtigen Gesetzes als Lösungsgrund dienen, rechtskräftig von Tisch und Bett getrennt wurden, kann unter den im § 107 enthaltenen Bedingungen jeder der Ehegenossen verlangen, dass der Richter das Urtheil betreffend die Trennung von Tisch und Bett in ein die Ehe lösendes Urtheil umändere.

§ 142. Wenn die Ehe vor dem Inslebentreten des gegenwärtigen Gesetzes nur bezüglich des einen Ehegenossen aufgelöst wurde, kann der andere Ehegenosse verlangen, dass die Wirksamkeit des die Lösung der Ehe aussprechenden Urtheils auch auf ihn ausgedehnt werde.

§ 143. Die gesammte Rechtswirksamkeit der von dem Inslebentreten des gegenwärtigen Gesetzes zustande gekommenen Verlöbnisse ist ausschliesslich gemäss der Verfügung des gegenwärtigen Gesetzes zu beurtheilen.

In den anhängigen Verlöbnißprocessen sind ausschliesslich die Verfügungen des gegenwärtigen Gesetzes anzuwenden.

§ 144. Wenn die Parteien nachweisen, dass das Aufgebot vor dem Inslebentreten des gegenwärtigen Gesetzes den früheren Rechtsnormen entsprechend geschehen ist, ist vor Ablauf eines Jahres von dem letzten Tage des Aufgebotes gerechnet ein neuerliches Aufgebot nicht nothwendig. Der Civilbeamte ist jedoch auch in diesem Falle verpflichtet zu untersuchen, ob nicht nach dem gegenwärtigen Gesetze ein Ehehinderniss oder ein die freie Einwilligung ausschliessender Umstand vorliegt.

§ 145. Wenn das gegenwärtige Gesetz für die Geltendmachung der Rechte einen Termin festsetzt, und die früheren Rechtsnormen eine solche Beschränkung nicht kennen, oder wenn auf Grund der früheren Rechtsnormen für die Geltendmachung der Rechte der Partei noch eine längere Zeit zur Verfügung steht, als die im gegenwärtigen Gesetze bestimmte Zeit, so ist der in dem gegenwärtigen Gesetze festgestellte Termin anzuwenden, und ist dieser Termin von dem Inslebentreten dieses Gesetzes zu rechnen.

§ 146. Das Ministerium wird ermächtigt, das gegenwärtige Gesetz in der Stadt und dem Gebiete von Fiume mittelst Verordnung in's Leben treten zu lassen.

1. Im Sinne der Verordnung des kön. ung. Ministerium · Z. 2022 vom 29. Juni 1895, ist das Gesetz für Stadt und Bezirk Fiume am 1. October 1895 in's Leben getreten.

§ 147. Mit Rücksicht auf die Bestimmungen der §§ 1, 47, 48 und 59 Ges.-Art. XXX: 1868 und des § 1 Ges.-Art. L: 1879 und im Sinne derselben wird hinsichtlich der Ehe von in Ungarn und Croatien-Slavonien Gemeindezuständigkeit besitzenden ungarischen Staatsbürgern Folgendes angeordnet:

Bezüglich der in Croatien-Slavonien, als auf dem unter der heiligen Stefanskronen mit Ungarn ein und dieselbe Staatsgemeinschaft bildenden Gebiete geschlossenen Ehe eines in Ungarn Gemeindezuständigkeit besitzenden ungarischen Staatsbürgers, ferner bezüglich der auf dem Gebiete von Ungarn geschlossenen Ehe eines in Croatien - Slavonien Gemeindezuständigkeit besitzenden, als unter dem besonderen Rechte dieser Länder stehenden ungarischen Staatsbürgers sind die in den §§ 108—111, 113, 115, 117, 118 des gegenwärtigen Gesetzes enthaltenen Rechtsprincipien entsprechend anzuwenden.

1. Siehe die Vorbemerkung auf Seite 1.

2. Croatien-Slavonien unterscheidet sich in Betreff des Ehegesetzes vom übrigen Auslande auch darin, dass es, der staatsrechtlichen Einheit entsprechend, in Croatien-Slavonien natürlich keine diplomatischen Functionäre gibt, vor welchen ungarische Staatsbürger ungarischer Zuständigkeit eine Ehe schliessen könnten, folglich alle Ehen der in Croatien-Slavonien eheschliessenden Ungarn vom Standpunkte des Ehegesetzes so wie im Auslande und vor ausländischen Behörden geschlossenen Ehen betrachtet werden.

§ 148. Das gegenwärtige Gesetz tritt innerhalb eines Jahres von dem Tage der Verlautbarung gerechnet in Kraft.

Das Ministerium wird ermächtigt, das gegenwärtige Gesetz vor Ablauf dieses einen Jahres mittelst Verordnung in Kraft treten zu lassen.

An dem Tage, an welchem das Gesetz in Kraft tritt, verlieren die auf die Ehe- und Verlöbniß-Angelegenheiten

bezüglichen bestehenden Rechtsnormen ihre Wirksamkeit und treten an deren Stelle die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes.

1. Auf Grund dieser Ermächtigung hat das Ministerium das Gesetz am 1. October 1895 in's Leben treten lassen (Verordnung des Ministeriums Z. 2020 vom 29. Juni 1895). Für Fiume am selben Tage (Z. 2022—1895).

2. Die in Croatien-Slavonien, als ausser dem Giltigkeitsgebiet dieses Gesetzes liegenden Territorium bestehenden, auf Ehe und Verlöbniß bezüglichen gesetzlichen Vorschriften bleiben natürlich auch weiter zu Recht bestehen.

§ 149. Dieses Gesetz lässt die auf die Eheschliessung bezüglichen religiösen Pflichten unberührt.

§ 150. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes werden der Justizminister und der Minister des Innern betraut.

1. In Sachen des Vollzuges dieses Gesetzes, sowie des citirten Gesetzes über die staatlichen Matrikel (Gesetzartikel XXXI und XXXIII vom Jahre 1894) sind folgende Ministerialverordnungen, die hier sämmtlich berücksichtigt sind, erlassen worden:

1. Verordnung des königl. ung. Ministerpräsidenten, Z. 2020, M.-P. 1895, betreffend die Inkraftsetzung der Gesetzartikel XXXI und XXXIII vom Jahre 1894.
2. Verordnung des königl. ung. Ministerpräsidenten, Z. 2022, M.-P. 1895, betreffend die Inkraftsetzung der Gesetzartikel XXXI und XXXIII: 1894 in der Stadt und im Bezirk Fiume.
3. Instruction des Ministers des Innern betreffs der Führung der staatlichen Matrikel, Z. 60.000—1895.
4. Instruction des königl. ung. Justizministers, betreffend das bei dem Aufgebot, der Schliessung und der Eintragung der Ehe in die Ehematrikel zu beobachtende Verfahren, Z. 27.243—1895.
6. Verordnung des Ministers für Cultus und Unterricht, des Justizministers und des Ministers des Innern, Z. 1674—1895, betreffend die Regelung der Formalitäten der auf die Religion der Kinder bezughabenden Vereinbarungen und Erklärungen und deren Evidenzhaltung in den Matrikeln, ferner des Uebertrittes mit vormundschaftsbehördlicher Bewilligung.
7. Verordnung des königl. ung. Justizministers, Z. 27.241—1895, in Angelegenheit des Vollzuges des Gesetzartikels XXXI: 1894 über das Eherecht.
8. Verordnung des königl. ung. Justizministers, Z. 27.200—1895, über das gerichtliche Verfahren in dem Falle, wenn der Matrikelführer eine Amtshandlung verweigert oder eine Eintragung nicht dem

Wünsche der Parteien entsprechend vornimmt. (§ 19 des Gesetzartikels XXXII : 1894.)

9. Verordnung des königl. ung. Justizministers, Z. 27.199 — 1895, betreffend das bei der Erledigung jener Reclamationen zu befolgende gerichtliche Verfahren, welche gegen die im Sinne des § 27 des Gesetzartikels XXXIII : 1894 neuerlich zusammengestellten Matrikeln eingereicht werden.
 10. Verordnung des königl. ung. Justizministers, Z. 27.198 1895, über das gerichtliche Verfahren, welches nach den §§ 60 und 61 des Gesetzartikels XXXIII : 1894 gegen Beschlüsse zulässig ist, mit denen das der Eheschliessung vorangehende Eheaufgebot oder die Mitwirkung bei der Eheschliessung verweigert wird.
 11. Verordnung des königl. ung. Justizministers, Z. 21.197—1895, über das gerichtliche Verfahren bei Rectificirung der staatlichen Matrikel. (Gesetzartikel XXXIII : 1894, §§ 75 und 76.)
 12. Verordnung des königl. ung. Justizministers, Z. 27.196—1895, betreffend die Ausdehnung der Justizministerial-Verordnungen, welche auf Grundlage der im § 150 des Gesetzartikels XXXI : 1894 über das Eherecht und in den §§ 19, 27, 61, 76 und 91 des Gesetzartikels XXXIII : 1894 über die staatlichen Matrikel enthaltenen Ermächtigungen unter den Zahlen 27.241, 27.200, 27.199, 27.198, 27.197 und 27.243 I. M. vom Jahre 1895 erlassen wurden, auf die Stadt und den Bezirk Fiume.
 13. Verordnung des königl. ung. Justizministers vom 16. September 1895 in Sachen der im Interesse der ordnungsmässigen Führung der Matrikel mitzutheilenden richterlichen Entscheidungen.
 14. Verordnung des Gesamtministeriums in Sachen des besonderen Verfahrens der diplomatischen Vertreter und Consule der österreichisch-ungarischen Monarchie und deren Stellvertreter als ungarische staatliche Matrikelführer vom 26. September 1895.
-

B. Einzel-Ausgaben.**Heft I.****Oesterreichische Gewerbe-Vorschriften.**

Sechste, verbesserte Auflage. Preis	2	40
Elegant in Leinwand gebunden	3	—

Heft II.**Das abgeänderte Reichs-Volksschulgesetz**

erläutert a. d. Erlässen der Rechtsprechung v. Dr. Leo Geller. Preis	—	40
Elegant in Leinwand gebunden	—	80

Heft III.**Gesetze über die Evidenzhaltung des Grundsteuerkatasters etc.**

mit Erläuterungen aus den Materialien von Dr. Leo Geller. Preis	—	30
Eleg. in Leinw. geb.	—	70

Heft IV.**Das Anfechtungsgesetz vom 16. März 1884**

von Dr. Leo Geller. Fünfte, neu bearbeitete Auflage. Preis brosch.	—	60
Elegant gebunden	1	—

Heft V.**Novelle zum Branntweinsteuergesetz, herausgegeben von**

Dr. Leo Geller. Preis broschirt	—	30
Elegant gebunden	—	70

Heft VI.**Handbuch, enthaltend die Gesetze, betreffend Die Jagdbarkeit von**

Johann Jegierek, k. k. Ministerialbeamter. Preis broschirt	—	50
Elegant gebunden	—	90

Heft VII.**Handbuch, enthaltend die Gesetze u. Normalerlässe, betreffend Das**

Propinationsrecht von Johann Jegierek, k. k. Ministerial- beamter. Preis broschirt	—	90
Elegant gebunden	1	30

Heft VIII.**Schulnormalien für Lehrer und Lehrerinnen an allgemeinen**

Volks- und Bürgerschulen. Zusammengest. von P. Franz Edmund Krönes. Preis broschirt	—	50
Elegant gebunden	—	90

Heft X.**Das Heimatsrecht, dann das Aufenthalts-, beziehungsweise Ab-**

schaffungsrecht etc. in Oesterreich von Johann Jegierek, k. k. Ministerialbeamter. Zweite, verm. Auflage. Preis brosch.	2	—
Elegant gebunden	2	50

Heft XI.**Allgemeine Wechselordnung**

mit Erläuterungen von Dr. Leo Geller. Vierte Aufl. Preis brosch.	—	80
Elegant gebunden	1	20

Heft XII.**Allgemeines Handelsgesetzbuch**

nebst Vereins-, Genossenschafts-, Börsegesetz und einschlägigen Novellen von Dr. Leo Geller. Vierte Aufl. Preis brosch.	3	20
Elegant gebunden	3	80

Heft XIII.**Vorschriften, betreffend das Urheberrecht**

von Dr. Leo Geller. Vierte Auflage. Preis brosch.	—	80
Elegant gebunden	1	20

Heft XIV.**Das Gesetz über den Landsturm. Bearbeitet von Dr. Leo**

Geller. Preis brosch.	—	50
Elegant gebunden	—	90

Heft XV.**Die Executionsnovelle vom 10. Juni 1887 sammt Durchführ-**

ungsverordnung vom 21. Juni 1887. Von Dr. Leo Geller. Zweite, verbesserte Auflage. Preis brosch.	—	50
Elegant gebunden	—	90

Heft XVI.**Das neue System der Militär-Heiratscautionen, zusammenge-**

stellt von K. SKALA, k. u. k. Hauptmann-Auditor i. R. Preis br.	1	—
Elegant gebunden	1	40

Heft XVII.**Gesetze und Verordnungen, betreffend die Postsparcassen.**

Herausgegeben von Dr. Leo Geller. Preis broschirt	—	30
Elegant gebunden	—	70

H e f t XX.		fl.	kr.
Katechismus für Zoll- und Finanzwachorgane v. Karl Würtele, k. k. Zollbeamter. 3., veränderte u. verm. Aufl. Preis brosch.	1	20	
H e f t XXI. Elegant gebunden	1	60	
Gesetze u. Verordnungen, betreffend die Branntweinsteuer. Herausgegeben von Dr. Leo Geller. 3., verm. Auflage. Preis brosch.	1	20	
H e f t XXII. Elegant gebunden	1	60	
Gesetz, betreffend die Zuckersteuer nebst Durchführungs- verordnungen. Herausgegeben von Dr. Leo Geller. Preis brosch.	—	80	
H e f t XXIII. Elegant gebunden	1	20	
Strafgesetz über Gefällsübertretungen nebst Vollzugsvorschr. u. Nachtragsbestim. von Theod. Eglauer, Fin.-Obercommissär. Zweite Auflage. Preis brosch.	4	—	
H e f t XXIV. Elegant gebunden	4	80	
Das neue Wehrgesetz. Mit Erläuterungen aus den Materialien, herausgegeben von Dr. Leo Geller. Preis broschirt	—	60	
H e f t XXV. Elegant gebunden	1	—	
Oesterr. landwirthschaftliche Gesetze. Mit Erläuterungen aus der Rechtsprechung von Dr. Leo Geller. Preis broschirt	4	40	
H e f t XXVI. Elegant gebunden	5	—	
Gesetz, betref. die äusseren Rechtsverhältnisse der isral. Religionsgesellschaft von Dr. Leo Geller. Preis broschirt	—	30	
H e f t XXVII. Elegant gebunden	—	70	
Alphabetisches Register zum Advocaten-Tarif. Zusammen- gestellt von Dr. Gustav Fessler. Preis broschirt	—	30	
H e f t XXVIII. Elegant gebunden	—	70	
Statut und Gemeindewahlordnung für Gross-Wien. Mit Er- läuterungen aus den Materialien v. Dr. Leo Geller. Preis brosch.	—	60	
H e f t XXIX. Elegant gebunden	1	—	
Gesetz, betr. die Liniensteuer für Gross-Wien. Mit Erläute- rungen aus den Materialien von Dr. Leo Geller. Preis brosch.	—	30	
H e f t XXX. Elegant gebunden	—	70	
Bauordnung für Gross-Wien. Von Dr. Leo Geller. Preis brosch.	—	60	
H e f t XXXI. Elegant gebunden	1	—	
Das Markenschutzgesetz vom 6. Jänner 1890. Herausgegeben von Dr. Leo Geller. Preis broschirt	—	80	
H e f t XXXII. Elegant gebunden	1	20	
Oesterr. Verfassungs- und Staatsgrundgesetze nebst den Gesetzen über Vereins- und Versammlungsrecht. Her- ausgegeben von Dr. Leo Geller. Preis broschirt	—	60	
H e f t XXXIV. Elegant gebunden	1	—	
Vorschriften, betreffend die öffentlichen Bücher. Von Dr. Leo Geller. 4. Auflage. Preis broschirt	1	50	
H e f t XXXV. Elegant gebunden	2	—	
Eisenbahn-Betriebs-Reglement vom 10. December 1892. Von Dr. Leo Geller. Preis broschirt	—	50	
H e f t XXXVI. Elegant gebunden	—	90	
Schanksteuergesetz. Zusammengestellt von Victor Freiherr v. Ehmig. Preis broschirt	—	60	
H e f t XXXVII. Elegant gebunden	1	—	
Zoll- und Staatsmonopol-Ordnung. Erläutert von Th. Eglauer, k. k. Finanzrath. Preis broschirt	4	—	
H e f t XXXVIII. Elegant gebunden	4	80	
Unfallversicherung der Arbeiter. Von Dr. Max Mandl. Preis br.	—	90	
H e f t XXXIX. Elegant gebunden	1	30	
Krankenversicherung der Arbeiter. V. Dr. M. Mandl. Preis br.	1	50	
H e f t XL. Elegant gebunden	2	—	
Die Concursordnung. Von Dr. Leo Geller. Preis broschirt	1	—	
H e f t XLI. Elegant gebunden	1	40	
Gesetze, betreffend die concessionirten Baugewerbe. Von Dr. Leo Geller. Preis broschirt	—	60	
H e f t XLII. Elegant gebunden	1	—	
Oesterr. Pressgesetz. Fünfte Auflage. Preis brosch.	—	60	
H e f t XLIII. Preis geb.	1	—	
Oesterr. Börsevorschriften. Preis brosch.	1	20	
H e f t XLIV. Preis geb.	1	60	
Ausdehnung d. Unfallversicherung von Dr. Mandl. Preis br.	—	50	
H e f t XLV. Preis geb.	—	90	
Rechtsverhältnisse d. Bruderladen von Dr. Mandl. Preis br.	1	30	
Preis gebunden	1	60	

Das ungarische Ehegesetz (G.-A. XXXI. v. J. 1894) Mit Berücksichtigung aller einschlägigen Gesetze und Verordnungen für die Rechtsverhältnisse der auf dem Croat.-slav. Territorium des ungarischen Königreiches, ferner in Oesterreich und im übrigen Auslande lebenden ungarischen Staatsangehörigen, sowie der in Ungarn eheschliessenden Ausländer bearbeitet von Ödön

Wien 1896

J.austr. 11 em

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11812306-5